ZECK

das info aus der roten flora

Nr. 78 | April 1999

Unser Freund ist ein Mörder

Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V.

„Ja" in die Halle.
Nach dem ersten Kriegseinsatz von vier der vierzehn Tornados der Bundeswehr ist auf einmal alles anders. Jeder Handgriff hat plötzlich eine Bedeutung. Wenn in der „Last Chance Area" die Bodenmannschaften die Sicherheitsstifte ziehen und damit die zwei Sidewinder- und zwei Harm-Raketen scharf machen, wissen sie genau, daß von ihrer korrekten Arbeit das Leben der Besatzung abhängt.
Weil es zur Vorschrift gehört,

Meuchefitzer Gasthof Tagungshaus

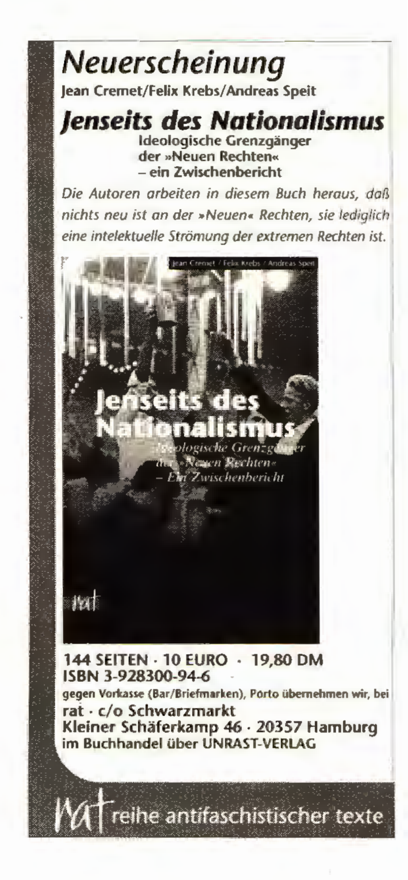
im Besitz der Belegschaft

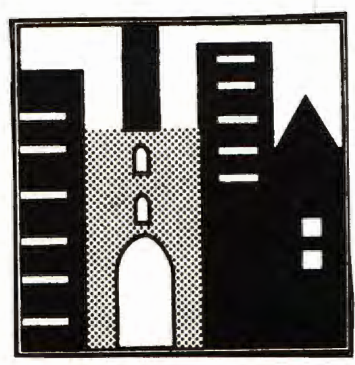
Tagungshaus + Kneipe, Restaurant + kl. Bio-Landwirtschaft mit Tieren + 45 Betten, für Gruppen ab 8 Pers. 15 DM + nur Wochenende 20 DM + Kleingruppen u. Einzelpersonen plus 5 DM + Selbst-, Teil- bis Voll- und Vollwert-Verpflegung möglich. Das Haus ist in 3 abgeschlossene Wohnbereiche für 10-12, 20-22 bzw. 13 Pers. mit jeweils eigenen Küchen und Sanitärräumen aufgeteilt.

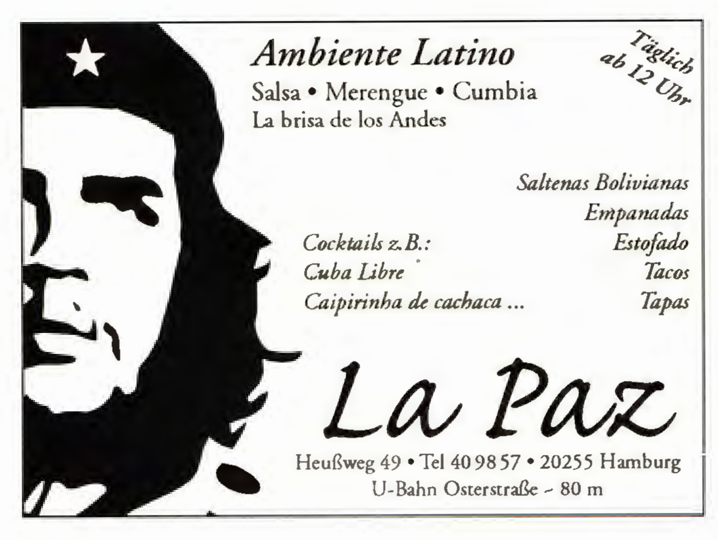
29482 Meuchefitz
Haus Nr.19
Tel. (05841) 5977
Fax (05841) 6976



Infomaterial wie Plakate, Faltblatt (im Zeitungsformat), Aufkleber, Postkarten sind zu bestellen bei:
- Infobüro Bremen
c/o Infoladen Umschlagplatz
St.-Pauli-Str. 10
28203 Bremen
- Infotelefon mit dem aktuellen Stand: 0421/75682
Fax: 0421/75682
- WWW:
http://www.nadir.org/nullnazis









Impressum

Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 5.0 bis 7.0 oder als Textdatei (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.

Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Spenden und andere Zuwendungen: je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Dekkungslücke von 150 bis 200 DM (pro Ausgabe). Ihr merkts schon: Spenden sind also immer noch vonnöten. Wir nehmen Zuwendungen jeder Art gerne entgegen, Gelder aus Banküberfällen o.ä. allerdings nach Möglichkeit nur in gebrauchten Scheinen. Schokoladiges versüßt unsere Arbeitstreffen und läßt die Kommentare versönlicher werden (käuflich sind wir selbstverständlich nicht).
Eigendruck im Selbstverlag

Vorwort

Zum ersten mal seit dem 2. Weltkrieg ist die BRD aktiv an einem Krieg beteiligt. Nach 200 Tagen Rot-Grüner Regierung beteiligt sich die BRD an einem Nato-Angriffskrieg auf Jugoslavien, der selbst gegen ihre eigenen verfassungs- und völkerrechtlichen Bestimmungen - u.a. Grundgesetz, UN-Charta, Nato-Statuten (nicht mal die konnten sie vorher ändern) - verstößt.
8 Jahre nach dem Golfkrig halten es die westlichen Industriestaaten nicht einmal mehr für notwendig, formal die Zustimmung der UN für Kriegseinsätze gegen souveräne Staaten einzuholen. Weit entfernt davon, daß ein UN-Mandat irgendetwas an diesem Krieg „verbessern" könnte, zeigt diese Entwicklung doch, daß die reichen Industriestaaten inzwischen ohne jegliche Rücksicht ihre Interessen auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen bereit sind. Die Rede von der „internationalen Gemeinschaft" dient nur noch der bloßen Rhetorik und meint Westeuropa und die USA.
Leider haben wir außer einem Titelbild keinen aktuellen Artikel zum Krieg in Jugoslawien zustande gebracht oder bekommen. Um dennoch zur ersten deutschen Kriegsbeteiligung unter Rot-Grün etwas im Heft zu haben, haben wir einen Text zur Entwicklung des völkerechtlichen Verständnisses in der öffentlichen Diskussion der BRD am Beispiel Jugoslaviens aus der Bahamas Nr. 27, Winter 98 übernommen.
Ansonsten liegt der Schwerpunkt des Heftes aber um die Einschätzung der Situation um die Flora. Drei Beiträge erreichten uns als Reaktion auf den Brief „Liebe Flora", den wir in der letzten Ausgabe veröffentlicht haben.
Außerdem gibt es noch eine erste Einschätzung des Aktionstags gegen Rassismus, Ausgrenzung und Vertreibung, der am 27.2.99 im Schanzenviertel stattgefunden hat. Dazu gibt es auch noch einen Text der Gruppe karoshi, in welchem sie sich den Wahnsinn der Inneren Sicherheit vorknöpfen..

Noch ein Wort in eigener Sache:
Anfang Juni bis Mitte Juli wird die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht" ein zweites Mal in Hamburg zu sehen sein. Nämlich vom 1.6. bis 10.7. in der Freien Akademie der Künste (das ist neben der Markthalle). Ohne jetzt den Mund zu voll nehmen zu wollen, wollen wir die nächste Ausgabe dieser Ausstellung mit einen Schwerpunktheft widmen. AUßer jetzt eure Vorfeude auf die Mai-Ausgabe steigern zu wollen, wären wir auch dankbar, wenn manche sich die Mühe machen würden, uns einige Texte zukommenzulassen, die sie in diesem Zusammenhang förderlich für unser Anliegen halten.

Vielen Dank.
Eure Red.



Das ist drin:

Aktionsbündnis „Freiheit für Abdullah Öcalan" gegründet

Nach der Entführung Abdullah Öcalans in die Türkei gab es weltweit Proteste gegen seine Verschleppung. Auch hier in der BRD kam es zu zahlreichen Solidaritätsaktionen hauptsächlich von Kurdinnen und Kurden. Dabei gab es viele Festnahmen. Derzeit sind ca. 150 KurdInnen in Haft. Allein in NRW sind 580 Ermittlungsverfahren eröffnet. Viele KurdInnen wurden in die Türkei abgeschoben, von einigen wissen wir, daß sie festgenommen und schwer gefoltert worden sind. Trotzdem ist die Bundesregierung nicht bereit einen generellen Abschiebestop zu verhängen. Medien und Politiker tönen im rassistischen Einklang. Die Hetze gegen den kurdischen Befreiungskampf soll eine Solidarisierung verhindern. Tatsächlich ist das auch der Fall. Immer noch haben viele „Linke" nichts besseres zu tun als ihre Hauptaktivität darauf zu richten eine Solidarisierung mit dem kurdischen Befreiungskampf zu verhindern. Gleichzeitig arbeitet die Bundesregierung daran „die Organisationsstrukturen und Logistik der PKK zu zerschlagen." Unter Führung der BRD wird versucht dem kurdischen Sender MED-TV, der von Europa aus sendet, die Lizenz zu entziehen. Es ist damit zu rechnen, daß Tausende Prozesse auf kurdische AktivistInnen zukommen, daß weitere GenossInnen verhaftet werden. Der Höhepunkt der Rechtsverdrehung ist, daß PKK-AktivistInnen gerade wegen ihrer Tätigkeit für die PKK das Recht auf Asyl entzogen werden soll. Wenn in der BRD einer Bevölkerung von immerhin 500.000 Menschen die grundlegendsten demokratischen Rechte entzogen werden, wie das Recht auf Versammlung, Organisierung, Information, geht das uns alle an. Wenn wir uns als InternationalistInnen verstehen, ist es unsere Aufgabe uns solidarisch an die Seite der Unterdrückten zu stellen, egal welche ideologischen Unterschiede es auch gibt. Es ist unsere Aufgabe gegen das Verbot revolutionärer und fortschrittlicher Organisationen, wie PKK, DHKP-C, Dev-Sol zu kämpfen. Es ist unsere Aufgabe gegen Waffenexporte an reaktionäre und faschistische Regime wie die Türkei zu kämpfen, gegen Abschiebungen in den Folterstaat Türkei. Es ist unsere Aufgabe für die Freiheit der politischen Gefangenen zu kämpfen.

Die Entführung Abdullah Öcalans ist für die KundInnen und Kurden überall in der Welt ein Schlag ins Gesicht. Das türkische Militärregime jubelte, daß der Kampf der PKK damit zerschlagen wäre. Das Gegenteil ist der Fall. In der Türkei, in Kurdistan und überall auf der Welt kämpfen fortschrittliche revolutionäre und demokratische Kräfte für seine Freilassung.

Auch hier in Hamburg haben sich Gruppen und Einzelpersonen zusammengefunden und ein Aktionsbündnis „Freiheit für Abdullah Öcalan" gegründet. Wir rufen alle Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen auf sich an dem Bündnis zu beteiligen. Wir treffen uns jeden Dienstag um 20 Uhr im Keller der B5 (Brigittenstraße 5)

P.S. des Setzers:

In der Türkei und Kurdistan wurden im Zusammenhang mit dem kurdischen Newroz-Fest 8.000 Menschen verhaftet. In der Nacht zum 21.März, dem Tag des Newroz-Festes, wurde die schleswig-holsteinische Delegation, die kurdischen Newroz-Feiern in Adana (Türkei) beobachten wollte, in ihrem Hotel verhaftet und zum Polizeihauptquartier gebracht. Die Delegation wurde später am Sonntag?) wieder freigelassen. Am Morgen des 21.3. hat das türkische Militär in die Umzüge zum kurdischen Neujahrsfest hineingeschossen. Dabei gab es einen Toten und 60 Verletzte.

In Hamburg fand am Montag eine Newroz-Demo statt u.a. mit der Forderung nach Freilassung von Abdullah Öcalan, an der ca. 500 Menschen teilnahmen. Am Samstag gab es eine Knastkundgebung in Fuhlsbüttel mit ca. 60 TeilnehmerInnen.

Goalpe a Fujimori, Teil 2: Fußballturnier für die Freiheit der MRTA-Gefangenen in Peru

am 22.4.99 vor dem peruanischen Konsulat, Blumenstraße (Winterhude).

Genau vor 2 Jahren ließ der peruanische Präsident Fujimori die japanische Botschaft stürmen, die von der MRTA besetzt gehalten wurde. In dem Moment vertrieben sich einige der Guerilleros/as gerade die Zeit mit Fußballspielen.

Um der ermordeten Guerilleras/os zu gedenken und ihre Forderung nach der Freiheit der MRTA-Gefangenen weiterzutragen, veranstalten wir das Turnier.

Genauere Informationen bezüglich Uhrzeit etc. folgen per Plakate.

Zum Ausschneiden:

Aktivitäten in Köln zum EU-Gipfel und Wetwirtschaftsgipfel (WWG)

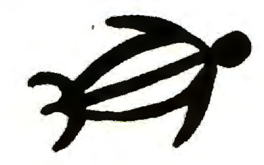
29. Mai : Euromarschdemo mit revolutionär-antifaschistischem Block

30.5.-2.6.: Gegengipfel vom Bündnis Köln 99

3. Juni: Demo gegen den EU-Gipfe

3.-4.Juni: Linksradikaler Gegenkongreß

19.Juni: Demo gegen den Weltwirtschaftsgipfel



NULL Naziaufmarsch weder in Bremen am 1.Mai noch anderswann anderswo!

Am 1.Mai '99 wollen die neofaschistische NPD und ihre „Jugendorganisation" JN (Junge Nationaldemokraten) in Bremen marschieren. Zu dem Aufmarsch, dessen Route bisher vom Stadtteil Tenever zum Daimler-Chrysler Werk in Sebaldsbrück geplant ist, erwartet die NPD nach eigenen Angaben 5.000 Leute. Während der 1.Mai traditionell der internationale ArbeiterInnenkampftag ist, an dem fortschrittliche Menschen unabhängig von Staatsangehörigkeit, Herkunft und Kultur gemeinsam für Solidarität und gegen Unterdrückung kämpfen, hat die rassistische NPD ihren Aufmarsch unter dem Motto „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche" angekündigt. Wir werden diese Provokation nicht hinnehmen und rufen auf den Naziaufmarsch zu verhindern! Wir werden den FaschistInnen nicht die Straße überlassen! Kein Fußbreit den FaschistInnen, weder in Tenever, noch in Sebaldsbrück oder sonstwo - weder am 1.Mai noch an jedem anderen Tag! Wir werden dahin gehen, wo die Nazis sind! Beteiligt Euch an den antifaschistischen Aktionen gegen den Naziaufmarsch! Gemeinsam gegen Rassismus und soziale Ausgrenzung! Hoch die internationale Solidarität!

Autonomes Antifa Treffen Bremen, erreichbar über: Infobüro 1.Mai, St.Paulistraße 10/12, 28203 Bremen, Telefon und Fax 0421/75682

Lesung & Performance mit Cathie Dunsford

Die neuseeländische Autorin Cathie Dunsford kommt aus einer Familie von Hawaiianern, Maoris und Weißen. In ihren Romanen verbinden sich auf besondere Weise Politik und Lust, soziales Engagement, Identitätssuche und Spiritualität. Geprägt sind ihre Bücher von den Erzähltraditionen verschiedener Kulturen.

Ihr Roman „Cowrie" landete trotz oder wegen seines sinnlichen, lesbischen und ethnologischen Inhalts in Australien auf Platz 1 der Bestsellerlisten.

Die Lesung findet in Englisch und Deutsch statt.

Eintritt DM 8,-/6,-

Nur für Frauen!

Donnerstag, 1.April '99, 19.30 Uhr

Frauenbuchladen Bismarckstr. 98

! Aktion !
Schwarzmarkt goes Schnäppchenmarkt

Schnittchen und Schnäppchen

am 18.April ab 15 Uhr

mit Revolutions-Reggea und anderen politischen Liedern

mindestens 10% Rabatt auf alle Bücher

Übernommen aus Bahamas, Nr. 27; Winter '98:

Das neue deutsche Völkerrecht

Im Kosovo ersetzt ein Protektorat das staatliche Gewaltmonopol

Politisches Kalkül und amerikanischer Pragmatismus mögen es gewesen sein, die den Nato-Rat in der Nacht zum 13. Oktober dazu verleiteten, der Bundesrepublik Jugoslawien den Krieg zu erklären und dabei den Willen des Weltsicherheitsrats sowie die Regeln internationalen Rechts zu übergehen. Die Erleichterung war groß, als es dann doch nicht dazu kam. Entgegen dem Augenschein legen einige Umstände sogar die Vermutung nahe, daß der angedrohte Militärschlag tatsächlich nie ernsthaft beabsichtigt war. Die serbischen Sicherheitskräfte, denen ein Angriff hätte gelten sollen, wurden bereits aus den Kampfgebieten abgezogen, die UCK war besiegt und eine Ende des Krieges im Kosovo damit absehbar. Zudem waren die militärischen Vorbereitungen der Nato trotz monatelanger Vorlaufzeit immer noch unvollständig, denn für den Fall, daß die zur Machtdemonstration geplanten Angriffe aus der Luft ihre politische Wirkung verfehlen würden, waren keine weiteren Eskalationsstufen vorgesehen. Einige Militärs hatten deshalb vor dem Verlust an Glaubwürdigkeit gewarnt, wenn die Nato nicht bereit sei, die direkte Konfrontation mit der jugoslawischen Armee auch am Boden zu suchen. Ebenso verstärkte das Timing, nach dem die Vereinbarung einer politischen Lösung der Krise noch vor der Entscheidung des Nato-Rats bekanntgegeben wurde, den Eindruck, dieses sei während der Tag und Nacht andauernden Verhandlungen zwischen Holbrooke und Milosevic so abgestimmt worden, um die politischen wie militärischen Risiken für beide Seiten zu minimieren. Am 17. Oktober wurde das Ultimatum für den vollständigen Rückzug der Sonderpolizei trotz Berichten über vereinzelt fortdauernde Kampfhandlungen ein weiteres mal verlängert. Und schließlich hatte die amerikanische Regierung schon im Sommer zu erkennen gegeben, daß sie Serbien freie Hand bei der Bekämpfung der albanischen Separatisten lassen würde.

All dies ändert aber nichts mehr daran, daß der 13. Oktober 1998 einmal in der Vorgeschichte kommender Kriege, die sich mit dem Zerfall der internationalen Rechtsordnung und deren Ersatz durch das Faustrecht ankündigen, erwähnt werden wird. Entgegen aller Dementi haben wir es hier mit einem folgenschweren Präzedenzfall zu tun, denn außer der selbstherrlichen Haltung demonstrativer Verachtung, die der Nato-Rat gegenüber dem Völkerrecht einnahm, liegen jetzt auch die Unzulänglichkeiten des internationalen Rechts offen zu Tage: Dieses verfügt nicht über die eindeutigen Rechtstitel, die es erlaubten, angesichts eines Sezessionskrieges zum einen den Bestand eines Staates und zum anderen den Schutz der Zivilbevölkerung zu gewährleisten. Das internationale Recht verpflichtet zur Neutralität, zeigt sich in einem solchen Fall machtlos und verleitet daher zur Improvisation. Das Auswärtige Amt in Bonn begriff die Gelegenheit sofort. Noch bevor die Einsatzbereitschaft der Nato-Luftwaffe hergestellt war, denunzierte Klaus Kinkel das Völkerrecht mit der Feststellung, dieses sei eben „weicher" als die deutsche Verfassung, „fließend" und „immer in Bewegung begriffen". Mit anderen Worten: Das Völkerrecht hatte versagt, so daß sich Deutschland in Zukunft erst gar nicht mehr daran gebunden fühlen müsse. Allerdings habe sich neben dem bestehenden Völkerrecht in den vergangenen Jahren bereits ein besseres, ein „regionales Völkergewohnheitsrecht" etabliert, das auf Vereinbarungen der Europäischen Union und den sogenannten Nachbarschaftsverträgen beruhe, welche Deutschland zu Anfang der neunziger Jahre mit einer Reihe osteuropäischer Staaten abgeschlossen hat. Diese im europäischen Raum entwickelten Regelungen, bei denen es um „die Bewahrung und Weiterentwicklung der ethnischen, kulturellen, sprachlichen und religiösen Identität" und gegen die „Zwangsassimilation" nationaler Minderheiten gehe, seien nicht bloß als rechtlich unverbindliche gegenseitige politische Verpflichtungen zu verstehen, sie bedeuteten „darüber hinaus eine völkerrechtliche Verfestigung von Minderheitenrechten in Europa".

Destabilisierung statt Stabilisierung

Die Behauptung, dieses „Völkergewohnheitsrecht" sei dem Völkerrecht ebenbürtig, zielt präzise auf das Fundament des internationalen Rechts, nämlich dessen universale Gültigkeit. In dem von Deutschland beanspruchten Raum soll ein eigenes, den Erfordernissen regionaler Herrschaft angepaßtes Völkerrecht gelten. Mit der Einführung der Kategorien Raum, Region und Minderheit wird gleich noch eine weitere Voraussetzung der heutigen Weltordnung, die nach den Prinzipien staatlicher Souveränität und der Anerkennung bestehender Grenzen gestaltet ist, negiert. Die Begriffe Raum, Region und Minderheit sprengen die territoriale Integrität bestehender Nationalstaaten. Damit ist das neue deutsche Völkerrecht genaustens auf eine Politik abgestimmt, die darauf abzielt, die Macht in Europa räumlich und regional neu zu verteilen. Die Minderheiten sind das geeignete Instrument, um die Souveränität jener Staaten auszuhebeln, die der anstehenden Neuordnung im Wege stehen. Das geltende Völkerrecht zeigt sich demgegenüber machtlos, weil es die militärische Gewalt, die nötig wäre, um die Zerstörung anerkannter Staaten zu verhindern, nur legitimieren kann, indem es seine eigenen Grundlagen aufhebt.

Die Bundesrepublik Jugoslawien habe sich, so fährt Kinkel fort, nun an die weiterentwickelten europäischen Normen zu halten. Die Mißachtung des internationalen Rechts durch den Nato-Rat wird so zum Anlaß für die Verwerfung des alten und die Etablierung eines neuen Völkerrechts, das einen Militärschlag gegen Jugoslawien legitimiert und für die Zukunft maßgeblich sein soll. Weil das geltende Völkerrecht versagt hat, erklärt Kinkel den Pragmatismus zum Prinzip und die Ausnahme zur Regel: „Im Lichte des Unvermögns des Sicherheitsrats, seinem Gewaltmonopol bei dieser besonderen notstandsähnlichen Situation gerecht zu werden, fußt die Rechtsgrundlage (für einen Nato-Einsatz) angesichts der humanitären Krise im Kosovo auf Sinn und Logik der Sicherheitsratsresolutionen 1160 und 1199 in Verbindung mit dem Gesichtspunkt der humanitären Intervention und einem Mindeststandard in Europa für die Einhaltung der Menschenrechte, dem wir die Qualität eines sich entwickelnden regionalen Völkerrechts beimessen".

Die Verwendung des Begriffs Menschenrechte statt Minderheitenrechte soll den Eindruck erwecken, man bewege sich noch innerhalb der Grenzen des bestehenden Völkerrechts, welches die Rechte von Minderheiten aus gutem Grund im Rahmen individueller Menschenrechte definiert und auf den Grundsatz der Gleichheit aller Bürger eines Staates aufbaut. Denn die

Minderheitenrechte, die vom deutschen Völkerrecht als besondere Kollektivrechte konzipiert werden, um einer Minderheit die „wirksame Beteiligung an den öffentlichen Angelegenheiten“ (Kinkel) des sie beheimatenden Staates zu garantieren, konkurrieren mit dem Grundsatz der nationalen Souveränität. Mit solchen politischen Sonderrechten ausgestattet wird die Minderheit von den übrigen Bürgern abgetrennt und bildet als separate Volksgruppe und eigenständiges Rechtssubjekt einen Staat im Staat. Durch die damit verbundene Relativierung des staatlichen Gewaltmonopols wird die Minderheit zum geeigneten Instrument der Einmischung von außen, indem eine zu ihrem Schutz auftretende Macht die souveränen Organe des Staates umgehen und die Volksgruppe zu ihrem direkten Ansprechpartner erklären kann. In einem Sezessionskrieg ist ein sich auf die Minderheit stützendes Völkerrecht dann nicht mehr neutral, denn es kann zwischen zwei konkurrierenden Rechtssubjekten abwägen und sich im Zweifelsfall gegen den souveränen Staat auf die Seite der abtrünnigen Volksgruppe schlagen. Das geltende Völkerrecht zielt auf die Stabilisierung, das neue deutsche Völkerrecht auf die Destabilisierung der internationalen Ordnung.

Die Kritik am geltenden Völkerrecht hat seit der deutschen Wiedervereinigung auch als Belebung des völkischen Gedankens einen enormen Aufschwung erfahren. Das Standardwerk hierzu ist ein vom Bundesministerium des Inneren in Bonn finanziertes Buch über den Minderheitenschutz in Europa, das der als Völkerrechtsexperte gehandelte Autor Rainer Hofmann 1995 verfaßt hat und von der Kulturstiftung der Deutschen Vertriebenen als Band 19 der Forschungsergebnisse der Studiengruppe Politik und Völkerrecht herausgegeben wird.

In diesem Band kritisiert Hofmann die nach dem Zweiten Weltkrieg von den Vereinten Nationen – als Konsequenz aus ihrem Mißbrauch durch die deutsche Außenpolitik – gegen die Wiedereinführung spezieller Minderheitenrechte vertretene Auffassung, daß „ein völkerrechtlicher Minderheitenschutz, verstanden als ein Schutz von Gruppenrechten, durch einen effektiven, auf das Individuum bezogenen Schutz der Menschenrechte ersetzt werden könnte“. Das Hauptanliegen deutscher Völkerrechtler ist es, den Minderheitenschutz als Gruppenrecht widerzubeleben.

Die jüngste Stellungnahme der Vereinten Nationen zu diesem Thema, die Resolution 47/135 der UN-Generalversammlung vom 18. Dezember 1992, definiert Minderheitenrechte ausdrücklich als Individualrechte. Die Resolution hebt sogar ausdrücklich hervor, daß die Vereinten Nationen die Wahrung der Minderheitenrechte als Beitrag zur politischen und sozialen Stabilisierung der Staaten betrachtet, was Hofmann für sich so deutet, daß sie damit „ausdrücklich Stellung gegen die Auffassung bezieht, daß die Anerkennung von Minderheitenrechten als staatliche Ordnungen destabilisierendes Element zu bekämpfen sei“. Die Resolution wird in diesem Punkt noch deutlicher, denn sie beschränkt die politischen Rechte einer Minderheit nicht nur auf sie direkt betreffende Entscheidungen des Staates, sondern auch auf den Rahmen „nationaler Gesetzgebung“, was Hofmann wiederum für „nicht völlig befriedigend“ hält. „Äußerst bedauerlich“ sei es, daß den Ansprüchen von Minderheiten auf „Autonomie im weitesten Sinne, geschweige denn auf Institutionen territorialer Autonomie“ kein Raum gegeben wird; gerade hier seien die im europäischen Rahmen vereinbarten Regelungen großzügiger. Artikel 8 der UN-Resolution stellt noch einmal unzweideutig klar, daß „aus nichts in dieser Deklaration die Erlaubnis für irgendeine Aktivität hergeleitet werden darf, die den Zwecken und Grundsätzen der Vereinten Nationen widerspricht, wozu die souveräne Gleichheit, territoriale Integrität und staatliche Unabhängigkeit von Staaten zählt“. Hier äußert Hofmann mit Nachdruck einen Vorbehalt: Es sei „in diesem Zusammenhang vor allem zu unterstreichen, daß die Deklaration die Rechte der Angehörigen von Minderheiten und nicht das Recht einer Minderheit, soweit sie ein Volk darstellt, auf Selbstbestimmung betrifft (...) Vielmehr sind die Staaten in der politischen Arena daran zu erinnern, daß die Gefährdung der Existenz von solchen Minderheiten, die als Volk und damit als Träger des Selbstbestimmungsrechts anzusehen sind, durch entsprechende staatliche Politik in der Tat dazu führt, daß diesen Minderheiten ein Recht auch auf Sezession zusteht“. Eine allgemeine Verankerung des Sezessionsrechts sei allerdings mit Rücksicht auf „die ganz erhebliche Heterogenität der Mitglieder der universellen Staatengemeinschaft“ auch nicht zu erwarten. Letztlich kommt Hofmann damit zum selben Ergebnis wie später Klaus Kinkel, daß nämlich ein effektiver Minderheitenschutz „eher auf regionaler Ebene geleistet werden“ könne, wobei „die Vorreiterrolle Europas im Minderheitenschutz“ zu betonen sei.

Protektorat statt Sezession

Das von deutschen Völkerrechtlern zur Zeit favorisierte Dokument in diesem Zusammenhang ist der am 1. November 1995 vom Europarat verabschiedete Rahmenvertrag zum Schutz nationaler Minderheiten, der in den wesentlichen Punkten die bis dahin unumstößlichen Prinzipien des internationalen Rechts aufkündigt. Das von der deutschen Regierung aufgebaute und finanzierte, formal regierungsunabhängige Europäische Zentrum für Minderheitenangelegenheiten (ECMI), dessen Vorstand Hofmann angehört, bezeichnet die in diesem Vertrag definierten Minderheitenrechte als das „erste gesetzlich bindende internationale Instrument, das sich gänzlich den Rechten der Minderheiten widmet“. Damit liegt er nicht gänzlich falsch. In diesem Dokument sind sich die Teilnehmerstaaten nicht mehr sicher, sie sind lediglich „entschlossen“, ihre nationalen Minderheiten innerhalb ihres jeweiligen Territoriums zu schützen, aber nicht mehr die Souveränität der Nationalstaaten steht im Vordergrund, sondern die Überzeugung, daß die „kulturelle Vielfalt“ eine Quelle „des Reichtums für eine jede Gesellschaft“ sei. Ein „prosperierendes Europa“ entstehe nicht nur aus der Zusammenarbeit von Staaten, sondern benötige die „grenzüberschreitende Kooperation zwischen lokalen und regionalen Autoritäten – ohne Voreingenommenheit gegenüber der verfassungsmäßigen und territorialen Integrität jedes einzelnen Staates“. In Abwandlung des bereits zitierten Artikels 8 der Resolution der UN-Generalversammlung von 1992 – man muß besser sagen: in völliger Sinnentstellung – formuliert der Europarat: „Nichts in dem vorliegenden Rahmenvertrag sollte dahingehend interpretiert werden, als würde damit irgendein Recht zur Beteiligung an irgendeiner Aktivität oder für die Ausführung irgendeiner Aktion eingeführt, die den Zwecken und Grundsätzen der Vereinten Nationen widerspricht“ – aus dem Verbot wurde ein nicht offen gewährtes Recht. Es kann daher nicht überraschen, daß das ECMI hier viel „Spielraum bei der Umsetzung“ ausmacht und den Vertrag als „lebendiges Instrument“ betrachtet, das „in großzügiger Weise für das Wohl der Minderheiten genutzt und fortentwickelt werden sollte“.

Man möchte bezweifeln, daß sich sämtliche Mitglieder des Europarats der Tragweite dieser Formulierungen bewußt waren, als sie diesen ihre Zustimmung gaben. Immerhin haben eine Reihe europäischer Staaten den Vertrag noch nicht ratifiziert, darunter Belgien, Frankreich, Griechenland, Irland, Niederlande, Norwegen, Polen, Schweden, Schweiz, Türkei; insgesamt bilden diese mit 18 zu 22 gegenwärtig noch eine beachtenswerte Minderheit. Andererseits gesellte sich ausgerechnet Großbritannien, das Paradebeispiel für die Tradition des universalistischen Imperialismus, zu den Staaten, die das Dokument ratifizierten. Wie sich die Rechtsauffassungen deutscher Völkerrechtler ins konkrete Beispiel übersetzen, demonstrierte ECMI-Di-

rektor Stefan Troebst, Vertrauensmann des Bonner Auswärtigen Amts, in einem im Mai dieses Jahres vorgelegten Arbeitspapier über den Koflikt im Kosovo. Er erfaßt das durch die Verweigerungshaltung der Kosovo-Albaner gegenüber den staatlichen Institutionen seit 1991 bestehende Machtvakuum mit dem Schlagwort „Belgrads apartheid-ähnliches Regime". Unter jugoslawischer Apartheit versteht er: daß die Kosovo-Albaner am 18. Oktober 1991 ihre später lediglich vom benachbarten Albanien anerkannte „unabhängige Rupublik Kosovo" proklamierten, sie fortan die landesweiten Wahlen boykottierten, ein illegales Parlament errichteten, ihre Kinder nicht mehr in die öffentlichen Schulen schickten und die UCK ihre noch heute andauernde Anschlagserie gegen serbische Polizisten, Universitätsdirektoren und sogenannte Kollaborateure eröffnete. Er sieht in dem Ende Februar dieses Jahres anläßlich einer sich gefährlich zuspitzenden Gewaltwelle, in deren Folge die Region Drenica fast vollständig der UCK in die Hände fiel, vom serbischen Innenminsterium angeordnete Aushebungsaktion – von Troebst als „Drenica-Massaker" bezeichnet – den Wendepunkt. Die zuvor lediglich durch „ethnische Spannungen" bestimmte Kosovo-Krise war zum Kosovo-Krieg fortgeschritten: „Die von der internationalen Gemeinschaft stereotyp wiederholte Sichtweise, daß eine Lösung des Kosovo-Problems nur innerhalb der Grenzen der Bundesrepublik Jugoslawien – sogar der Serbiens – denkbar sei, war – und ist immer noch – eine indirekte Unterstützung der Interpretation Milosevics, daß der Konflikt eine interne Angelegenheit ist. Mehr noch, indem der Westen die Option für die Unabhängigkeit des Kosovo a priori ausklammert, und indem er Milosevic dabei folgt, den bewaffneten albanischen Widerstand gegen Belgrads unterdrückerische Politik explizit als ‚Terrorismus' zu bezeichnen, rechtfertigt der Westen – vor allem die USA und die Kontaktgruppe – die Brutalität der serbischen Polizei und was in Drenica passiert ist". Doch die Prophezeiung Troebsts hat sich bisher nur zum Teil erfüllt: „Für den Kosovo könnte das Frühjahr 1998 am Ende die gleiche Funktion erfüllen wie das Frühjahr 1992 für Bosnien-Herzegovina".

Anders als in den Jahren 1991 und 1992 in Kroatien und Bosnien hat der Krieg im Kosovo noch nicht den erwünschten Effekt erzielt – der Kosovo bleibt formal unter der Kontrolle des jugoslawischen Staates. Aber mit der Ankunft einer vorläufig unbewaffneten OSCE-Beobachtermission, die durch Aufklärungsflüge der Nato unterstützt wird, und vor allem mit der Aufstellung albanischer Polizeieinheiten gibt Jugoslawien Schritt für Schritt die Gewalt über die Provinz aus der Hand. Der Staat im Staat, der sich bisher nur als selbsternannte Republik im Untergrund zeigte, hat infolge des Krieges die Form eines durch die Zustimmung der jugoslawischen Regierung völkerrechtlich gerade noch abgesicherten Protektorats angenommen. Schon jetzt nutzen albanische Terroristen den partiellen Rückzug der staatlichen Sicherheitskräfte zu neuen Attacken. Die UCK wurde zwar vorerst militärisch geschlagen, aber eine friedliche Zukunft ist Jugoslawien keineswegs sicher.

Regionalismus statt Universalismus

Die ursprünglich auf diplomatischer Ebene von Großbritannien und Frankreich begonnenen, nach deren Scheitern 1995 von den USA mit militärischen Mitteln verstärkten Versuche, die mit einer Flut der Zerstörung einhergehende Ausweitung des deutschen Herrschaftsbereichs am Mittelmeer zu bremsen, bleiben aus einem einfachen Grund unbefriedigend: Die Außenpolitik Deutschlands agiert im Einklang mit einer an ihren eigenen Widersprüchen zerbrechenden europäischen Nachkriegsordnung. Die nicht zuletzt ihrer ökonomischen Perspektivlosigkeit geschuldete innere Schwäche der auf dem Balkan, im Kaukasus und im Baltikum abseits der Euro-Zone gelegenen Staaten macht sie zum leichten Opfer billigster Zerstörungsmethoden von außen. Das bestehende Völkerrecht, das den souveränen Staaten Schutz gewährt, greift nicht in Fällen, in denen Staaten juristisch selbständig, aber von außen abhängig und von innen bedroht sind.

Je düsterer sich den Bürgern dieser hoffnungslosen Nationen die Zukunft darstellt, desto mehr wenden sie sich der Vergangenheit zu, wo sie unweigerlich auf die blutige Entstehungsgeschichte ihrer Völker stoßen, die ihr gegenwärtiges Schicksal immer noch zu bestimmen scheint. So werden sie empfänglich für das neue deutsche Völkerrecht, das – weit davon entfernt, die Ungereimtheiten der internationalen Ordnung zu beseitigen – die hergebrachten Mythen zu einem neuen Herrschaftsprinzip erhebt. Nach Kroatien und Bosnien ist der Kosovo nunmehr der dritte Fall einer so offenkundigen Zerstörungswut, daß man unwillkürlich an die ernüchternde Festellung Franz Neumanns erinnert wird, die er während des Zweiten Weltkriegs in seinem Werk „Behemoth" niederschrieb: „Erstaunlich ist lediglich, daß die Völkerrechtsexperten außerhalb Deutschlands, besonders in England, anscheinend nicht durchschauten, was für ein Spiel da getrieben wurde".

Denn schon nach dem Ersten Weltkrieg konnte sich Deutschland mit seiner Stellung als gleichberechtigte europäische Nation nicht zufriedengeben. So wie seine ökonomische Stellung Deutschland heute dazu nötigen soll, seine Dominanz in der Euro-Zone zur Beherrschung des Kontinents auszuweiten, erklärten damalige Völkerrechtler die kriegerische Expansion als bloße Folge eines unabwendbaren historisch-politischen Prozesses – der „Großraumpolitik" ginge die „Großraumwirtschaft" voraus: „Die integrierende Funktion der Technologie wird nicht im Rahmen eines Programmes territorialer Arbeitsteilung gesehen, sondern als Programm territorialer Expansion, groß genug, die Produkte der Wirtschaftsriesen aufzunehmen." Wichtigste Grundlage der internationalen Ordnung, referiert Neumann weiter, sollte fortan der Raum sein – „mit anderen Worten: eine Rückkehr zu regionalistischen Vorstellungen. Der nationalsozialistische Regionalismus stellt sich gegen das universalistische Recht (...) Der Universalismus beruht auf der Annahme, daß schon im Begriff der Souveränität selbst die Gleichheit aller enthalten ist. Da die Staaten nicht mehr im Mittelpunkt des Völkerrechts stehen, müssen die Begriffe staatliche Souveränität und Gleichheit verschwinden. An die Stelle des Universalismus muß das Denken in ‚konkreten Ordnungen' treten, die konkreteste aller bestehenden Ordnungen aber ist das ‚Großdeutsche Reich'."

Offenkundig sind hier die Analogien zur heutigen Diskussion über die vermeintlich unvermeidlichen Folgen der Globalisierung. Von der integrierenden Funktion der Technologie wird auch heute nicht auf ein Programm internationaler Arbeitsteilung geschlossen, sondern eine in Räumen denkende Standortlogik abgeleitet. Die Ablehnung des Universalismus drückt sich in der Hervorhebung ethnischer Besonderheiten aus, die mit regionalen Besonderheiten korrellieren sollen – „der Kosovo den Kosovo-Albanern". Auch heute verbirgt sich hinter der Pflege regionaler und ethnischer Besonderheiten im dem europäischen Raum angepaßten Völkerrecht die Vorstellung eines kontinentalen Protektionismus. – „Nun ergibt sich selbstverständlich die Frage: Wer hat die Verantwortung für diesen neuen riesigen Raum? Die Antwort ist ebenso selbstverständlich: 'Deutschland ist nicht nur für sich, sondern nach Maßgabe seines natürlichen Gewichts auch für Europa, für die europäische Völkergemeinschaft verantwortlich'." (Neumann, Zitat von Werner Daitz, Vertreter für Wirtschaftsfragen und Mitglied im Außenpolitischen Amt der NSDAP).

Thomas Becker

Leserbrief zum LeserInnenbrief „einiger FLORA-UserInnen"

Als ich neulich euren offenen Brief an die FLORA gelesen hab, zog sich meine Stirn in Falten und führte dann zu energischem Kopfschütteln. Mir ist nicht klar, warum drogenkonsumierende Menschen vor der Flora diese in der Existenz bedrohen. Tun sie dies durch ihre bloße Anwesenheit? Daß die Flora durch sie nicht handlungsunfähig wird, zeigt sich schon durch den leichten Aufwind, den es zur Zeit gibt. Bevor die DrogenkonsumentInnen da waren lief wesentlich weniger, diese beiden Sachen stehen in keinem Zusammenhang. Wenn ihr die Bedrohung allerdings von staatl. Seite verortet, würde das heißen, sich nur noch dann für marginalisierte Gruppen einzusetzen, wenn dadurch keine Gefahr für uns besteht. Richtig scheiße finde ich, daß ihr euch nur für Ausgegrenzte einsetzen wollt, wenn diese potentiell Verbündete sind („Was hast du mit ihnen gemeinsam? Nicht alle Ausgegerenzten sind automatisch unsere Verbündeten, selbst wenn wir die konkrete Ausgrenzung verurteilen"). Ich bin überzeugt, daß es in allen ausgegrenzten Gruppen nur einen kleinen Teil potentiell Verbündeter gibt. Wer nicht für uns ist, ist gegen uns?!?

Und was meint ihr mit Verhalten von DrogenkonsumentInnen, was ansonsten nicht geduldet wird? Ich denke, wenn sich in oder an der FLORA jemand scheiße benimmt, fliegt er raus, ob Junkie, AutonmeR, Punk oder sonst wer. Dies müßte wesentlich stärker umgesetzt werden, vor allen Dingen bei übelst sexistischem Verhalten, wo ihr wohl drauf anspielt. Dieses Verhalten ist aber eben nicht nur bei Drogenbenutzern auszumachen, sondern auch bei nahezu jeder größeren Veranstaltung in der FLORA. Daraus müßte dann die Konsequenz lauten allen Männern als potentiellen Sexisten den Zutritt zur FLORA zu verweigern..

Ihr wollt die Drogenszene in den Eingängen nicht dulden, also wird nach Aussehen selektiert, oder wie. Wenn nicht, wäre es dasselbe Szenario wie in der FLORA, also andauernd gucken, wer gerade konsumiert bzw. dealt. Klar ist es anstrengend, andauernd Leute rauszuschmeißen, die gerade Drogen konsumieren, aber wenn alle FLORA-UserInnen sich für eine drogenfreie FLORA einsetzen würden, wäre es für jedeN einzelneN einfacher. Aber den meisten ist das wohl zu stressig oder das Klischee des bösen Junkies macht wohl zu viel Angst. Ich selbst habe in der FLORA öfter Probleme mit irgendwelchen Zugesoffenen als mit Drogies.

Euer Vergleich mit dem Hausflur ist einfach falsch, das Pendant zu den FLORA-Eingängen wäre eure Hauseingangstür, scheucht ihr da wirklich KonsumentInnen weg? Und bedeutet es für euch wirklich Sozialarbeit Junkies als DrogenbenutzerInnen rauszuschmeißen? Ich hab mir das ganz anders vorgestellt. Außerdem sind linksradikale Kämpfe auch immer soziale Kämpfe. Für mich ist es übrigens auch kein „Radikalen Test" an Drogies vorbeizugehen, sondern Alltag, wie es hier in diesem Scheißland und Scheißviertel nun mal ist. Der Widerspruch aber, gegen Vertreibung zu sein und sie selbst durchzuführen ist nicht mutig oder nötig, sondern absurd.

Was hindert die Flora am Überleben, wenn wir an Menschen mit Pfeife im Mund oder Nadel irgendwo vorbeigehen müssen? Das Unsichtbarmachen, was ihr einfordert, wem nützt das? Uns, damit wir das „Elend" nicht sehen müssen? Diese Verhaltensweise, die ihr vorschlagt kommt der liberalbürgerlichen sehr nah, und diese Haltung finde ich zum Kotzen. Ich bin froh, daß die FLORA da nicht mitmacht und diesen Widerspruch, so weit es möglich erscheint, auflöst.

Die Gefahr für die FLORA sehe ich nicht in der Drogenszene, sondern bei den Linksradikalen, die der Wirklichkeit in ihrem eigenen Ghetto nicht ins Auge sehen wollen und ins Vertreibungsgezeter miteinstimmen.

Eure Polemik in der 2ten Parole ist nicht nur unkomisch, sondern auch Unsinn. Daß die meisten Dealer rund um die FLORA damit nur ihren eigenen Konsum finanzieren können, ist kein Geheimnis und daß wir uns nicht mit Leuten solidarisieren, die sich mit Drogen ne goldene Nase (hihi) verdienen ist wohl auch klar.

Und da die FLORA ja Parolen so liebt nun auch ein paar von mir:

kurzfristig: so viel Drogenkonsum in den Eingängen wie nötig, keine linksradikale Vertreibungspolitik

mittelfristig: Druck- und Rauchräume überall, wo sie gebraucht werden

langfristig: Legalisierung und Zurverfügungstellung aller Drogen ohne Beschaffungsstreß

ein FLORA-User



Tante Flora, der Knieschuß und wir

Einige „UserInnen der Flora“ haben in der ZECK vom März 99 einen Brief an die „Liebe Flora“ verfaßt, in dem die Flora als etwas unzurechnungsfähige ältliche Tante angesprochen wurde, die mensch eigentlich ja immer liebgehabt hat, die jetzt langsam aber doch etwas exzentrisch zu werden beginnt.

Es war verlockend, auf den herablassenden Stil einzusteigen und mit wachsender Begeisterung gegenzuhalten. Das hätte dann so ausgesehen: „Liebe UserInnen der Flora, wir als DealerInnen der Flora, die wir tagaus, tagein damit beschäftigt sind, den schmutzigen Stoff unserer Ideologie an die Leute zu bringen...“ oder auch „Liebe UserInnen der Flora, endlich können wir befreit zugeben: der Anblick von Blut und Elend macht uns krank. Ekelgeschüttelt quälen wir uns unter den hämischen Rufen der Bezugsgruppe durch den Seiteneingang, über Spritzen und Zombies stolpernd, um danach einige Stunden lang zu weinen. Später dann schließen wir die Augen vor diesen unseren tatsächlichen Gefühlen, um einige widerspruchsfreie Pamphlete zu formulieren, in denen wir von anderen Unmögliches einfordern und uns als strahlende HeldInnen im Kampf zu inszenieren...“.

Statt dessen wollen wir als zwei, die Teil der Florapolitik sind, ohne aber hier für die Gesamtflora sprechen zu können oder zu wollen, Euren Brief als Ausgangspunkt nehmen, noch mal akribisch Stellung beziehen, warum wir den Ansatz richtig finden, für den (nicht nur) die Flora zur Zeit steht. Wir halten es für wichtig, die „Floraposition“ immer wieder transparent zu machen, und wir hoffen dabei darauf, daß die Argumente möglicherweise - wenn vielleicht auch nicht für Euch - für andere Menschen nachvollziehbar sind oder sie gar überzeugen. Deswegen dieser Text und der Versuch, dabei sachlich zu bleiben.

Wir haben Euren Text so verstanden (alle Zitate aus Eurem Text sind mit Anführungszeichen gekennzeichnet):

Nach einigen guten Ideen hat sich die Position der Flora ***„refundamentalisiert“. Um den Vertreibungsszenarien der Stadt glaubhaft etwas entgegensetzen zu können, sprechen wir nicht davon, daß die Situation rund um die Flora eigentlich unerträglich ist. Es ist unzumutbar, sich auf dem Weg in die Flora durch die Drogenszene zu bewegen, da dabei ein Verhalten toleriert werden muß, daß allen Ansprüchen linksradikaler Politik zuwider läuft (welches Verhalten das ist, konnten wir Eurem Text nicht genau entnehmen). Wir erwarten von den NutzerInnen der Flora, daß sie permanent ihre persönlichen Grenzen überschreiten und geben uns der Sozialarbeit hin, was dazu führt, daß ein „großer Teil unserer inneren Aufmerksamkeit [sich] auf die Junkyszene“ richtet. Im Zuge dessen lassen wir zu, daß sich in der Flora ein Drogengeschäft unter „prämodernen Gesetzen“ etabliert und geben damit die Flora der Zerstörung preis. Dabei verweist Ihr auf die Erfahrungen der Reitschule in Bern, ohne diese allerdings auszuführen. Zudem entziehen wir uns der eigentlichen Aufgabe als Stadtteilzentrum, da, um mit Euren Worten zu sprechen, Drogenszene und „Stadtteilzentrumsszene [...] immer noch zwei verschiedene Szenen“ seien. Wir stellen uns als „Schutzmacht“ für die UserInnen dar, nehmen diese aber nicht ernst und fordern von ihnen keine Verantwortung uns gegenüber ein. Eure Forderungen sind, daß wir die Drogenszene in den Graben schicken sollen und dafür zu sorgen haben, daß die Eingänge frei von ihren Angehörigen bleiben. Statt diese Forderungen umzusetzen, verschleiern wir Eurer Rede nach unsere eigenen Widersprüche und beten „die alte aalglatte Leier vom bösen Staat und den armen Junkies“ runter. Darüber hinaus erwartet Ihr von der Flora „einen offensiven Umgang mit der Problematik“, damit eine „Reihe von Menschen und Initiativen aus dem Stadtteil die lang erwartete Möglichkeit“ haben, sich zu uns zu verhalten und mit uns zu kämpfen. Und als letztes wünscht Ihr Euch, daß wir unsere „Identität nicht aus der Abgrenzung und Isolation gegenüber dem vermeintlich monolithischen Block des rassistischen Viertelmobs ziehen“ sollen.***

Soweit Eure Ausführungen. Es ist uns zwar nicht so ganz einleuchtend, auf welchen Text oder welche Äußerungen aus der Flora Ihr Euch bezieht, aber das soll dann jetzt egal sein.

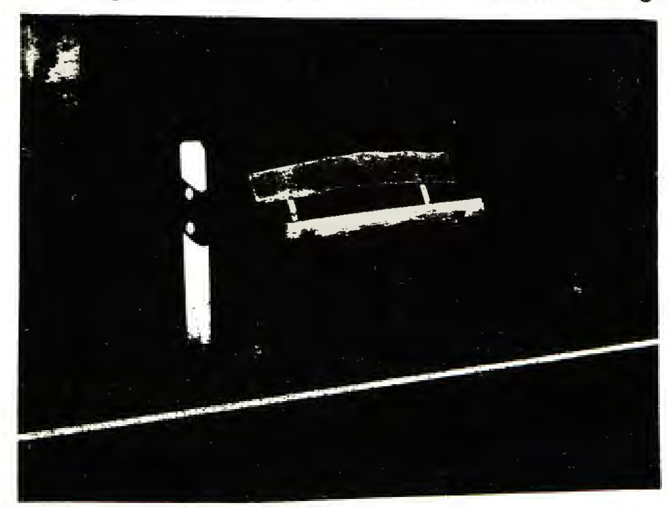
Grundsätzlich läßt sich der Ansatz der Flora darauf zusammenfassen, daß der Konsum und der Handel außerhalb des Hauses akzeptiert wird, im Gebäude selbst aber nicht stattfinden soll. Gleichzeitig tritt die Flora für eine Politik ein, die der heuchlerischen Trennung zwischen Konsum und Handel nicht folgt. Die Umstände des Handels und Konsums werden als Ausfluß der Bedingungen der staatlichen Illegalisierung/Kriminalisierung verstanden. Deswegen setzt sich die Flora für eine vollständige Legalisierung illegalisierter Drogen ein. Bis zu diesem Zeitpunkt halten wir es allerdings für notwendig, sich selbst nicht an der allgegenwärtigen Vertreibung zu beteiligen und im Rahmen unserer Möglichkeiten Räume anzubieten und möglichst auch zu verteidigen, die Gebrauch und Handel gewährleisten können - ein solcher



Versuch ist etwa der Unterstand hinter der Flora. Es hat verschiedene Versuche gegeben (öffentliche Frühstücke, Flugblätter an alle Haushalte im Stadtteil, Texte, Plakatwand, Aktionstage), diese Position transparent zu machen und andere Menschen in ihre Umsetzung einzubinden. Diese Haltung hat sich in praxisbezogenen Auseinandersetzungen entwickelt und dort wird sie auch erprobt und diskutiert. Sie ist damit Resultat eines Alltags, der klar nicht nur eitel Sonnenschein ist[1] - aber so what?

Die praktische Umsetzung dieses Ansatzes bringt es mit sich, daß Angehörige der Drogenszene nicht nur in den Straßen des Stadtteils präsent sind, sondern auch rund um die Flora sichtbar bleiben. Das ist für alle Beteiligten keineswegs nur mit Annehmlichkeiten verbunden. Für die UserInnen und Händler ist die Sichtbarkeit eine tägliche Gefahr, die sich in Verhaftungen, Platzverweisen etc. niederschlägt, für die anderen NutzerInnen der Flora bedeutet es, auch direkt mit den Begleiterscheinungen der Illegalisierung konfrontiert zu werden: Menschen leben unter elenden Bedingungen, haben oftmals keine Schlafplätze, wenig Gelegenheiten zum Duschen, kein Geld. Es gibt, so denken wir, erstmal keinen Grund, diesen Realitäten aus dem Weg zu gehen. Selbstverständlich erwarten wir von allen NutzerInnen der Flora ein Mindestmaß an Umgang und fordern dies durchaus auch von Angehörigen der Drogenszene ein (wie aber auch von PartybesucherInnen...). D.h. zum Beispiel, daß Leute, die zur Tür hineinwollen, das auch können. Das bedeutet weiterhin, daß die Position, daß im Haus weder illegalisierte Drogen konsumiert noch gehandelt werden, respektiert und umgesetzt wird. Beides sind aber Positionen, die NutzerInnen der Flora durchaus auch selbst vertreten können und auch müssen, es sei denn, es würde erwartet, daß einige von uns sich zum Posten des/der permanenten TürsteherIn aufschwingen sollen. Bei größeren Veranstaltungen wird sowieso von uns Tür gemacht; im Alltag der Nutzung sind aber alle verantwortlich. Soweit möglich, vermitteln wir diese Haltung an Angehörige der Drogenszene, genauso, wie wir es erwarten, daß Spritzen von ihnen selbständig entsorgt werden. Trotzdem räumen wir aber auch auf, sammeln Spritzen und rennen mit Desinfektionsmitteln durch die öffentlich genutzten Räume: Ist das jetzt für Euch alles Sozialarbeit? Und wenn ja: was heißt das dann?

Die Fragen, die Ihr in Eurem Text formuliert habt (***„Wird gerade gedealt? Und wenn ja, wie verhalte ich mich? Kann das gefährlich sein? Ist der Becher in der Vokü richtig abgewaschen? In welche Ecke fass ich hin, auf welches Klo gehe ich? Was darf ich berühren? Sind gerade männliche Drogenkonsumenten auf dem Frauenklo? Geht es dem Junky auf dem Klo gut oder muß ich mal langsam nachschauen, ob er noch unter uns weilt? usw.“***) - das sind Fragen, die sich stellen. Jede einzelne Eurer Fragen läßt sich aber beantworten: Dealen in der Flora ist nicht: also wird die Person aufgefordert zu gehen. Wenn mensch das nicht alleine machen will, kann er/sie sich noch andere dazu holen. Drücken in der Flora ist auch nicht. Also gilt das eben gesagte. Berühren: auch wenn mensch das ja immer nicht so richtig glauben mag: da haben wir tatsächlich auch schon mal drüber nachgedacht. Die Vokü wird demnächst eine Spülmaschine kriegen, die auch desinfizieren kann, Desinfektionsmittel zum Putzen der Klos gibt es auch, all das ist aber sowieso eigentlich notwendig, wenn sanitäre und kulinarische Einrichtungen von so vielen Menschen genutzt werden. -Ein Fortschritt, von dem wir alle profitieren. Und die fast schon etwas zynische Frage, ob mensch jetzt tatsächlich



genötigt ist, sich nach dem Gesundheitszustand einzelner UserInnen zu erkundigen: macht Ihr das auf der Straße nicht? Oder in Eurem Hausflur? An diesem Punkt gilt dann wirklich mal: das sind eben die Verhältnisse. Unter anderem deswegen muß die Illegalisierung aufhören, aber bis dahin: klar, da muß dann auch mal geguckt werden, ob jemand noch unter uns weilt. Wir erwarten eigentlich von allen FloranutzerInnen, daß sie ein Auge darauf haben, wie es den Menschen in ihrer direkten Umgebung gerade geht.

Die Sache mit den Männern. Am Seiteneingang. Da haben wir auch ein Problem mit, genauso wie mit irgendwelchen Partyleichen, die in Trauben den Eingang blockieren. Anders als für die, die den Weg zum Männerklo nicht finden und deswegen das Frauenklo blockieren oder gleich in die Ecke der Halle pissen, wissen wir in Bezug auf die bloße Präsenz bloß keine Lösung.

Die Sache mit den Widersprüchen: manchmal haben wir den Eindruck, als würde die Existenz bestimmter Widersprüche wie eine Eintrittskarte ins Gespräch gehandelt werden. Ein bißchen nach dem Motto: aber Blut und Elend finden doch alle widerwärtig - wenn Ihr das nicht sagt, dann deckelt Ihr eure Widersprüche und das geht nicht. Es geht uns nicht darum, alle darauf zu verpflichten, mit allen Begleiterscheinungen einer illegalisierten Drogenszene glücklich zu sein. Wenn es mit einzelnen Streß auf Veranstaltungen gibt oder wenn Leute es nicht über sich bringen können, mit einem stichfesten Handschuh Spritzen wegzuräumen - dann müssen dafür Lösungen gefunden werden. Einzelne können auf Partys rausfliegen, nicht alle müssen Spritzen sammeln. Aber aus den jeweiligen Grenzen der einzelnen läßt sich nicht ableiten: Die Drogenszene muß aus dem Sichtfeld verschwinden. Insofern klar: ***„die Leute sollen doch gefälligst ihre subjektiven Ängste an der Realität messen“*** - das heißt aber nicht, daß alle Ängste unzulässig sind, sondern daß es darauf ankommt, wie mit diesen Ängsten umgegangen wird - ob da eine verträgliche Lösung gesucht wird oder ob diese Ängste als Legitimation für Vertreibung mobilisiert werden. Genauso wie aber individuell weitgehende Grenzen ihre Berechtigung haben, kann auch erwartet werden, daß - z.B. Ihr - Euch zumindest versucht mal vorzustellen, daß nicht alle diese Grenzen haben UND daß es sehr wohl eine politische Frage ist, wie mit solchen Grenzen umgegangen wird.

Emanzipatorische Politik bedeutet nicht, die eigenen subjektiven Grenzen zum Maßstab allen Handelns zu machen. Nicht immer ist das, was eineR als richtig ansieht, auch bequem. Und das ist ja auch gut so, will mensch nicht ständig auf der Stelle treten. Mit der Kritik der gesellschaftlichen Normen und Zustände gilt es auch, das eigene Verhaftet-Sein in dem ganzen Morast zu erkennen. Zu probieren, ob und wie sich da Grenzen auch verschieben lassen, erscheint uns als gutes Mittel gegen theoretische Abgehobenheit.

Wir sehen uns keineswegs als ***„Schutzmacht“*** für Junkies. Diese Formulierung unterstellt, in dem/der UserIn etwas zu suchen, was ihn/sie als „revolutionäres Subjekt“, wie es früher immer so gerne irgendwo vermutet wurde, prädestiniert. UserInnen sind auf einer strukturellen Ebene sehr wohl „Opfer“ der gesellschaftlichen Verhältnisse, die sie durch die Illegalisierung der Verelendung preisgeben, weil der Stoff teuer, der Gebrauch kriminalisiert wird. Anders als so viele Politszeneleute, die, wie Ihr in Eurem Text schreibt, auf „ausgefallenen Partys so manche Droge ausprobiert“ haben, ohne damit gleichzeitig ihren Lebensstil zu verlieren, fallen die sichtbaren KonsumentInnen illegalisierter Drogen in oft elende Bedingungen. Daran gibt es eigentlich auch nichts zu rütteln. Das heißt nun aber keineswegs, daß dadurch alle im Umkehrschluß gefallene Engel sind. In der Drogenszene gibt es genauso viele ätzende Personen wie in der Gesamtbevölkerung auch. Wenn wir uns dafür

entscheiden, den Bedingungen der Illegalität etwas entgegenzusetzen und uns an Punkten vor Angehörige der Drogenszene stellen, die als Gruppe vertrieben und ausgegrenzt werden, ist dies Ausdruck einer Politik und einer grundsätzlichen Offenheit, aber keine Sympathieentscheidung. Das ist aber doch auch ein alter Hut: die selben Schwierigkeiten stellen sich in jeder politischen Arbeit, die die Lebensbedingungen ausgegrenzter Gruppen thematisiert.
Was die Floraidentität angeht: wir können nicht feststellen, daß diese daraus gezogen wird, sich massiv gegen einen inszenierten Mob abzugrenzen. Allerdings aber finden wir es wichtig, rassistische und anders ausgrenzende Tendenzen im „Viertel" auch zu benennen und zu kritisieren. Wenn Tendenzen beschrieben werden, muß sich darin ja nicht jedeR wiederfinden, sondern könnte dies auch Ausgangspunkt für Auseinandersetzungen sein. Auch hier wirkt in Eurer Argumentation wieder eine Form von Eintrittskartenphänomen: nun sagt schon, daß nicht alle AnwohnerInnen und jede Kritik an der Drogenszene rassistisch sind. Okay, dieser Refrain kommt jetzt nur für Euch: nicht alle AnwohnerInnen und nicht jede Kritik an der Drogenszene sind rassistisch. Das haben wir sowieso nie behauptet. Rassismus spielt aber in der Wahrnehmung und Deutung der aktuellen Situation im Stadtteil eine zentrale Rolle. Die Verknüpfung 'schwarze Hautfarbe - Dealer', der sich wohl die wenigsten entziehen können oder wollen, baut auf rassistischen Deutungsmustern auf und die allgemeine Ignoranz vieler Menschen, die sich hier auf den Straßen ganz normal bewegen, während neben ihnen Menschen am Kriterium der Hautfarbe zur Kontrolle und/oder Festnahme selektiert werden, bestätigt dies immer wieder neu. Oder seht Ihr irgendwo eine breite Menge, die sich dem entgegenstellt oder die gar die allzuhäufige Verknüpfung Festnahme - Abschiebung kritisiert? Wir nehmen sehr häufig eher Zustimmung wahr.
Noch etwas zu dem von Euch zugespitzten Gegensatz „***Drogenszene** gegen **Stadtteilzentrumsszene***". Ihr reklamiert in Eurem Brief ein bestimmtes Bild der Flora - so wie wir es verstanden haben: Drogenszene gehört nicht ins Stadtteilzentrum - das unseres Erachtens korrekturbedürftig ist. Die Rote Flora war zu keiner Zeit ein Zentrum, das von einem repräsentativen Querschnitt der ViertelbewohnerInnen genutzt worden wäre. Die Flora war immer vor allem ein Ort linksradikaler Politik, der darüber hinaus auch ein von den unterschiedlichsten Kultur- und Musikszenen genutzter Veranstaltungsraum. Flora als politisches Zentrum bedeutete und bedeutet neben der politischen Arbeit „nach außen", sich in diesem Projekt zu bemühen, emanzipatorische Ansätze im Umgang miteinander auch umzusetzen. Damit verbunden ist zum einen, daß bestimmte Verhaltensweisen von allen Beteiligten und NutzerInnen erwartet und eingefordert werden und daran auch dann festgehalten wird, wenn es die Attraktivität der Flora für bestimmte NutzerInnengruppen mindert. Zum anderen wird versucht, eine Vielzahl von alltäglichen Ausgrenzungs- und Stigmatisierungsspielchen nicht mitzuspielen. Leute, die kein Geld haben, können selbstverständlich Konzerte und Partys besuchen. Menschen, die anecken, weil sie nicht in alle möglichen gesellschaftlichen Normen passen, sollen sich z.B. auch in der Vokü aufhalten können, ohne sich unerwünscht zu fühlen.
Wir alle wissen, daß auch dieser Alltag nicht immer utopisch-problemlos abläuft. Wenn aber die Vokü von „der Szene" inzwischen weniger genutzt wird, als vor einigen Jahren, und das damit begründet wird, daß dort „so viele Problemfälle" seien, dann wurde diese Tatsache nicht zum Anlaß genommen, daraufhin die „Problemfälle" in Bausch und Bogen rauszuwerfen.
Es stellt aber im Floraalltag ein Problem dar, daß „Szenemenschen" sich zunehmend nicht mehr in der Vokü blicken lassen, weil es ihnen da zu anstrengend ist und sie das Geld haben, sich in kommerzielle Cafés zurückzuziehen. Dabei bleiben dann die Tresenschichten in einer dann vermeintlich auf sozialarbeiterische Funktionen reduzierten Situation zurück. Wir alle tun uns schwer damit, wenn Leute, die im öffentlichen Raum klar abgegrenzte Rollen und Erwartungen erfüllen (-Dem Junkie in der Kneipe drückt mensch ne Mark in die Hand, und gut ist) in Räumen wie der Flora aus diesen Rollen „rausfallen" und uns damit einen ungewohnten Umgang abverlangen.
Trotzdem wollen wir an genau solchen Grundsätzen und Versuchen auch weiterhin festhalten. Auch deshalb gehören mittlerweile Angehörige der Drogenszene zu den regelmäßigen NutzerInnen der Flora.
Ein Letztes zu diesem Thema. Inwiefern ist die Flora ein Stadtteilzentrum und was heißt das? Es wurde aus dem Brief an die „***liebe Flora***" nicht richtig deutlich, was „Stadtteilzentrum" in diesem Zusammenhang heißen soll.
Auch in der Flora gibt es keine homogene Meinung zum Thema „Was ist eigentlich ein Stadtteilzentrum?". Unserer Ansicht nach steht dieses Label für die Praxis der Flora, sich dort, wo mensch präsent ist und mit Positionen wahrgenommen wird, auch zu anstehenden Auseinandersetzungen zu verhalten. Das kann etwa der Kampf gegen Umstrukturierung sein, angesichts der heutigen Zustände im Viertel ist es nur konsequent, sich gerade als „Stadtteilzentrum" in die Drogen- und Vertreibungspolitik einzumischen. Wenn der Stadtteilbezug der Flora früher an einzelnen Punkten akzeptierter war und Sympathien bei den NachbarInnen hervorrief, aber aktuell oftmals Widerwillen schürt, dann muß deswegen nicht gleich der Ansatz verworfen werden. Wir streiten uns ja lieber drüber.
Linksradikale Politik, die nur dann gemacht wird, wenn sie für Mehrheiten repräsentativ ist, ist unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen wahrscheinlich bald keine linksradikale Politik mehr.

Eure Euch unter Vorbehalt liebende und gar nicht so tütelige Tante Flora

Anmerkung:
1 1996/97 wurde die sogenannte „Drogenproblematik" im Schanzenviertel zum Thema. Erst damit kam eine Positionierung der Flora zu Stande. Es gab also nicht, wie ihr unterstellt, erst die politische Positionierung und dann die „Refundamentalisierung" angesichts der veränderten Situation. Leider bedurfte es wie so oft des Drucks von außen, nämlich einer sich durchsetzenden Ausgrenzungsstimmung und der mit der Polizeirepression vor der „eigenen Haustür" gelandeten Drogenszene, um der Flora auf die Sprünge zu helfen.

Gefühle überall

Warum die Flora kein Hausflur und das Sicherheitsgefühl ein schlechter Ratgeber ist.

In der letzten Zeck (Nr. 77) haben »einige UserInnen« einen offenen Brief an die Rote Flora geschrieben. Auch wenn ich also nicht direkt angesprochen war, möchte ich auf einige Punkte dieses Briefes eingehen.
Den AutorInnen ist die Position der Flora zu Drogen, Rassismus und Vertreibung »zu glatt und widerspruchsfrei«. Sie befürchten, »das vom Staat erzeugte Elend und auch die erzeugten Geschäftsbedingungen könn[t]en ein Zentrum kaputtmachen«; »diese Menschen« (Junkies und Dealer) könnten »für eine Zentrumsstruktur bedrohlich werden«.
Damit dies nicht geschieht, solle die Flora zwei Dinge tun: 1. die Drogenszene von ihren Eingängen vertreiben (»Aber sorge auch dafür, daß Deine Eingänge nicht Teil der Drogenszene, sondern Teil der Stadtteilzentrumsszene sind«) und 2. die Widersprüche und Probleme im Umgang mit der Drogenszene offen benennen und diskutierbar machen.
Dem zweiten Punkt kann ich mich vollständig anschließen, auch wenn ich den Optimismus der AutorInnen nicht teile, daß im Falle einer solchen offenen Diskussion schon die Massen darauf warten, sich mit der Flora zu solidarisieren. Die Widersprüche und Probleme eines politischen Pro-

jekts als interne zu behandeln und nach außen eine möglichst radikale Fassade zu präsentieren hat sich in der Geschichte der Linken schon zu oft als Fehler erwiesen, der eine Kritik und Weiterentwicklung der Politik verhindert hat. Die Probleme, die sich in der Flora als Folge der notwendigen Konfrontation mit der Drogenszene ergeben, sollten sicherlich öffentlich benannt und nicht nur am Kneipentisch oder »intern« diskutiert werden. Allerdings habe ich den Eindruck (im Gegensatz zu den AutorInnen des Briefes), daß die Flora diese Probleme auch immer wieder öffentlich angesprochen hat, vor allem in ihrer ersten ausführlichen Stellungnahme zu Drogen und Vertreibung, dem sog. »Zwergenflugblatt«.

Dabei sind die Probleme, die die Existenz der Drogenszene rund um die Flora verursacht, allerdings in erster Linie Probleme, die an den BetreiberInnen hängen bleiben. Sie sind es, die unappetitliche Begleiterscheinungen des Drogenkonsums beseitigen müssen, die blutigen Papierfetzen auf den Klos, die Spritzen und nicht selten die diversen körperlichen Ausscheidungsprodukte.

Die und der gelegentliche BenutzerIn kann – zumal abends bei den Parties und Konzerten – die Flora nutzen wie bisher und sich um die angrenzende Drogenszene keinerlei Gedanken machen.

Hier sind wohl vor allem die NutzerInnen aus der Szene gefragt, die Flora mit ihren Problemen nicht allein zu lassen und sich nicht angeekelt vom Elend abzuwenden und angenehmeren Beschäftigungen hinzugeben.

Überhaupt, das Elend: Die AutorInnen des Briefes fragen: »Muß ich mir das blanke Elend so dicht holen, nur weil es existiert? Habe ich diesen Anspruch auch bei mir zu Hause in meinem Hausflur?« Rhetorisch ließe sich antworten »Natürlich müßt ihr nicht! Niemand – und auch nicht die Flora – kann euch dazu zwingen.« Und genau diese Reaktion, sich das Elend möglichst weit aus dem Blickfeld zu halten, ist es, die den mehrheitsgesellschaftlich praktizierten Umgang mit dem »Drogenproblem« ausmacht. Anstatt einen mühsamen Umgang mit den Problemen zu finden, begnügt man sich damit, sie unsichtbar zu machen, oder sie zumindest aus dem eigenen Blickfeld zu verdrängen.

Weniger rhetorisch scheint mir aber die Frage der AutorInnen aus einem anderen Grund problematisch zu sein und zwar wegen ihres Vergleichs der Floraeingänge mit ihren privaten Hausfluren.

Hier arbeiten die AutorInnen mit einer Analogie, die auf fatale Weise zwei Bereiche gleichsetzt, die so nicht gleichzusetzen sind: der private Hausflur und die öffentlichen Floraeingänge. Es gibt gute Gründe sich mit dem gesellschaftlichen Elend nicht auch im eigenen Hausflur zu konfrontieren. Gerade das ist es, was den Hausflur als privaten Bereich auszeichnet, daß er – natürlich eingeschränkt – nicht genau den gleichen Gesetzen unterliegt, wie der öffentliche Raum. Im Privaten mag es durchaus vertretbar sein, die eigene Befindlichkeit als handlungsleitende Maxime zu proklamieren. Und selbst dort sind einer solchen Herangehensweise Grenzen gesetzt, da das Private nie einfach nur Privat, sondern immer gesellschaftlich strukturiert ist. Ist also eine solche Sichtweise schon im Privaten problematisch so kann sie erst recht nicht auf den öffentlichen Raum übertragen werden.

Denn gerade das wiederum zeichnet den öffentlichen Raum aus: Er ist der Ort des Austauschs und der gesellschaftlichen Konflikte. Im Gegensatz zum privaten Raum sollte niemand alleine oder als Gruppe die Möglichkeit haben, den öffentlichen Raum exklusiv zu bestimmen. Jede politische Auseinandersetzung und vor allem gesellschaftliche Veränderung braucht den öffentlichen Raum. Und sie braucht einen öffentlichen Raum, in dem nicht einfach die Mehrheit oder die mächtigere Position die Minderheit ausschließen kann, weil deren Ansichten oder Verhaltensweisen der Mehrheit nicht passen oder sich gegen diese richten.

Das heißt, andersherum gesagt, erst die Tatsache, daß ich mich den Konflikten nicht einfach entziehen oder die Konflikte nach eigenem Gutdünken ruhigstellen kann, macht einen Raum zu einem öffentlichen.

Diese prinzipielle Offenheit des öffentlichen Raumes für jede und jeden ist allerdings nicht einfach vorhanden, sondern muß immer wieder erkämpft und verteidigt werden. Die Privatisierungsbestrebungen, die im Rahmen der Innenstadtaktionen kritisiert wurden, sind nur der aktuelle Ausdruck sicherheitspolitischer Diskurse, die permanent dazu neigen, den öffentlichen Raum zu reglementieren, seine Nutzung einzuschränken und ihn damit zu einem nichtöffentlichen, privaten, kommerziellen Raum zu reduzieren.

Ich denke die Eingänge der Flora sollten ein Teil des öffentlichen Raumes bleiben. Und wenn dieser öffentliche Raum nicht zu einem nach außen verlagerten Privatgrundstück degenerieren soll, der von den Diskursen der »Inneren Sicherheit« und der »subjektiven Sicherheitsbedürfnisse« bestimmt wird, wird es wohl oder übel notwendig sein, die Konfrontation mit dem alltäglichen Elend dort weiterhin in Kauf zu nehmen.

Dies mögen manche als unangenehm empfinden. Aber vielleicht ist es ja so, daß linke Politik nicht immer nur angenehm sein kann und das subjektive Sicherheitsbedürfnis ein schlechter Ratgeber ist.

Finn



Nachbereitung des Aktionstages

gegen Rassismus, Sicherheitswahn und staatliche Drogenpolitik

So richtig hatte eigentlich keineR mehr daran geglaubt: seit dem ersten Treffen im Sommer 1998, auf dem einige Interessierte die neu entwickelten Positionen zu Drogenpolitik und Rassismus innerhalb der Szene zur Diskussion stellen wollten, stand der Vorschlag eines Aktionstages im Raum. Es sollte darum gehen, die in den letzten Jahren (Infotage, Flora, vereinzelte Texte) entstandenen Ansätze auf eine breitere Basis zu stellen und vor allen Dingen aber auch die Textebene zu verlassen und eine kontinuierliche Praxis zu ermöglichen. Nun ist es Februar und 1999 geworden und der Tag hat stattgefunden. Die Erwartungen und Ansprüche waren hochgesteckt: die Normalität der alltäglichen Razzien und Platzverweise sollte angegriffen, deren

rassistischer Aspekt benannt und über phantasievolle Aktionen Nachdenklichkeit erzeugt werden. Eine Mischung aus „Provokation" und „aufklärerischem Appell" sollte gefunden werden, die weder in einer umarmenden Haltung an die ViertelbewohnerInnen als HoffnungsträgerInnen linksliberalen Gedankens noch in der bloßen Abwehrhaltung gegen einen hoffnungslos rassistischen, weißen Mob mündet. Die Situation im Schanzenviertel in ihrer spezifischen Ausformung, die anders als an anderen Orten der BRD oder Hamburgs schon dadurch gekennzeichnet ist, daß die AnwohnerInnen häufiger über eine linke Vergangenheit oder aktuelle Offenheit gegenüber linken Ansätzen verfügen, daß sie aber eben gerade als Spiegelbild des progressiveren Teils der Gesellschaft in ihrer Befürwortung der Vertreibung eine besondere Legitimationsfigur darstellen.
Um die Alltäglichkeit der Razzien, Platzverweise und Festnahmen zu thematisieren und anzugreifen, sollten daher im Umfeld des Aktionstages größere Gruppen Kontrollen stören. Allein: die sonst übermäßig präsenten Fußstreifen waren just zu diesen Zeiten immer erstaunlich unsichtbar – um sich dafür aber in den Morgenstunden und in den Tagen danach um so breiter zu machen.
Mit einer Beteiligung von um die 200 Menschen begann der Aktionstag selbst mit einer „Denkmalseinweihung" an der Kreuzung Susannen-/Bartelsstraße. Das Denkmal: „Unerkannter Rasssismus hat ein Gesicht" sollte eine der subtilen Spielarten rassistischer Denkweisen aufgreifen, die in verschiedenen, im Kontext „Schanzenviertel und seiner Probleme" oft zu hörenden Äußerungen zur Drogenszene und zu (schwarzen) Dealern zum Ausdruck kommen, ohne sich direkt als rassistisch zu vermitteln. Die Denkmalsfigur war auf verschiedenen Plakaten abgebildet, auf denen ihr/ ihm jeweils eine Aussage zugeordnet wurde („Klar ist es ein Problem, wenn sich die Polizeikontrollen nur gegen Schwarze richten. Aber ich kann ja nichts dafür, wenn das nur Schwarze sind, die dealen", „Ich lebe hier schon seit zwanzig Jahren. Die Vielfalt in diesem Stadtteil habe ich immer geschätzt – aber wer hier herkommt, sollte sich auch an die Spielregeln halten", „Das war immer ein toleranter Stadtteil – aber die Drogendealer machen hier alles kaputt", „Der Stadtteil will sich keine Schwarzarbeiter mehr leisten. Zumindest wenn sie bis in die späten Abendstunden vor den Hauseingängen stehen und ihre Drogen verkaufen (Spiegel TV Frühjahr 1997"). Diese Plakate wurden nach der Denkmalsenthüllung in den umliegenden Straßen aufgehängt. „Die Installation und die dazu gehörenden Plakate stehen für diese Haltung der subtilen Ausgrenzung, wie sie auch im Schanzenviertel praktiziert wird. Dafür, wie sich immer eine Logik finden läßt, mit der sich das eigene Nicht-Eingreifen und die eigene Ignoranz gegenüber den definierten Anderen begründen läßt. Rassismus durchzieht die aktuelle Situation im Stadtteil und schreibt bundesweit die Verhältnisse fest. Trotz der Übermächtigkeit dieser Strukturen geht es heute darum, daß das nicht so sein muß. Der positive Bezug auf die Vielfältigkeit, der ja gerade im Schanzenviertel immer so gerne bemüht wird, könnte sich der Ausgrenzung auch verweigern – Denkmuster lassen sich hinterfragen und es gibt immer auch Möglichkeiten, das eigene Handeln und den Blick auf die Verhältnisse zu verändern." (aus dem Handzettel zum Denkmal).
Nach dieser gemeinsamen Auftaktaktion schlossen sich dezentrale Aktionen an, die sich mit verschiedenen Aspekten des Themas auseinandersetzten. Ein Infotisch blieb an der Kreuzung zurück.
Um die Absurdität der Trennung in legale und illegale Drogen aufzugreifen, wurden Kontrollen der „Offenen Koffeinszene" auf der Straße und in Cafés durchgeführt. Im Zusammenhang damit kam es zu guten Diskussionen.
Die Verknüpfung einer Kriminalisierung mit bestimmten Merkmalen und ihre Funktion wurden in der Aktion: „Für Toleranz - gegen Fahrraddiebstahl" thematisiert.
Im Park hinter der Flora fand ein offenes „Trivial Pursuit" statt. Bei Fragen zu Abschiebung, Drogen und Repression sollte der Park zumindest für einige Stunden symbolisch gegen die Polizeipräsenz dichtgemacht werden, um damit der alltäglichen Penetranz etwas entgegenzusetzen.
Am S-Bahnhof gab es mittags Essen umsonst von „Food not Bombs".
Während des ganzen Tages liefen vom Dach der Flora inhaltliche Beiträge zur Situation, die aufgrund einer sehr hörbaren Anlage viel Raum auf der Straße einnehmen konnten.
Mit dem gemeinsamen „demonstrativen Stadtteilrundgang" schloß der Tag.
Die Polizei übte sich überwiegend in Zurückhaltung. Allerdings kam es zu mehreren Personalienfeststellungen und einer kurzfristig angespannten Situation in der Rosenhofstraße, als einige Zivilbeamte hektisch wurden.
An der Durchsetzung der Hamburger Drogenpolitik und ihrer „Legitimierung" mittels Polizeigewalt hat dieser Tag sicherlich nichts geändert. Dennoch bewerten wir es als positiv, daß sich am Tag selbst und auch an der letzten Vorbereitung viele Menschen beteiligt haben - das Thema scheint doch mehr als erwartet zu bewegen.
Die Resonanz bei den PassantInnen blieb - sicherlich auch wegen des Charkaters der einzelnen Aktionen, die das Thema eher parodistisch-subtil angingen - auf vereinzelte Diskussionen und Reaktionen beschränkt. Ob und was da „rübergekommen" ist, läßt sich wie meistens schwer einschätzen. Beim Stadtteilrundgang und bei den Aktionen, die nicht offensiv Unbeteiligte einbezogen, blieb „die Szene" unter sich. Dennoch bleibt zu hoffen, daß der Aktionstag mobilisierend gewirkt hat und im Stadtteil die Existenz der thematisierten Inhalte transparent wurde.
Die Schwierigkeit linksradikaler Versuche, einen Fuß in einen unerträglichen Alltag zu bekommen und dauerhaft die Stimmung zu kippen, läßt sich leider mit so symbolischen Formen wie dem Aktionstag nicht lösen.
Trotzdem: Es gibt viele Ansatzpunkte und Möglichkeiten, auch weiterhin gegen die Normalisierung rassistischer und anders ausgrenzender Verhältnisse anzugehen. Mit Phantasie und Beharrlichkeit ist das Kapitel noch lange nicht am Ende.

Einige Anwesende

Nicht nur zu Ostern:

Wir kneten uns ein Terrornest

Früher war alles besser. Immer wenn etwas Häßliches in dieser Stadt passierte, war früher die Hafenstraße schuld. Randale, Demos oder Anschläge, da war die Sache sowieso klar. Und wenn es mal nicht so klar war, waren Phantomwiderstand, Hausbesetzungen oder sonstiges linksradikales Ungemach in der guten alten Zeit das Werk von Hafenstraßen-Metastasen. Selbst schlechte Hamburger Wirtschaftsdaten, das Investitionsklima im allgemeinen und die Kriminalitätsfurcht im besonderen waren das Ergebnis der bloßen Existenz des rechtsfreien Raums Hafenstraße. Die Presse entwickelte ungeahnte Phantasie und Kreativität, um in schaurigen Reportagen den steuerzahlenden NormalbürgerInnen Chaos und Anarchie auszumalen: unvergessen die Illustrationen in der Welt, die, garniert mit kleinen Bömbchen und Blitzen, den sogenannten „Stadtplan der Gewalt" darstellten. Unerreicht eine Aufrißskizze eines Hafenhauses in der Bildzeitung, die eine angebliche Terrorzentrale zeigte mit Funkraum, Molliarsenal und Ausguck auf dem Dach, ganz im Stil eines militärischen Befehlsbunkers. Herzergreifend die Geschichten von reuigen Ausreißerkids in der Neuen Revue, die treuherzig ihre angebliche Zeit in der Hafenstraße schilderten, in der sie zum „Straßenkampf" ausgebildet worden sein wollten.... Der publizistische Niedergang begann allerdings, als irgend-

wann der damalige Generalbundesanwalt Rebmann in Hamburg weilte, ganz privat am Hafenrand entlangschlenderte und - wie der Stern kolportierte - die paar Hafenstraßen-Häuser eher popelig fand und sich wunderte, worum eigentlich der ganze Wirbel gemacht wurde. Und als es dann später selbst in der Brigitte menschelte und und nicht nur dort rührselige Geschichten über das bunte und alternative Leben am Hafenrand die Runde machten, hatte die rechte Presse endgültig ihr Lieblingsthema verloren.
Doch seit Ende letzten Jahres hat die Durststrecke ein Ende. Endlich finden die ungenutzten Textbausteine in den Redaktionscomputern zu Chaos, rechtsfreien Räumen und autonomen Terror wieder Verwendungen in der einschlägigen rechten Kampfpresse. Die sozusagen „Enkelgeneration" der Hafenstraße hat wieder eine Adresse: Rote Flora, Schulterblatt 71.



Das GesellInnenstück dazu liefert die Welt mit einer dreitägigen Artikelserie im Dezember '98 ab. Zunächst wurde der Topos des „rechtsfreien Raumes" wiedereingeführt. Anläßlich des steinigen Farbanschlags auf Polizisten in der Schanzenstraße (!) meldete die Welt auf Lokalseite 1, nach diesen Krawallen sei die Flora nunmehr erneut in die Kritik geraten. Zwar hatte weder die Polizei, noch der VS bis dahin die Flora auch nur entfernt in Verbindung mit diesem Vorfall gebracht, doch derlei Spitzfindigkeiten waren nicht die Sache der wackeren RedakteurInnen. Statt dessen wärmten sie die alten Kamellen fehlender Konzessionen und Steuerabgaben auf, fast so, als wenn die laxe Handhabung der Steuerpflichtigkeit direkt beim Terrorismus endet. Deswegen jedenfalls hat sich auch die Hamburger Polizei mit diesen fiskalischen Ungeheuerlichkeiten beschäftigt, schließlich wußte die Welt zu vermelden, daß die Flora nach Auskunft der Polizei (!) nicht mal Einkommenssteuern abführe. Allerdings hatten die Finanzexperten der Polizei schlicht vergessen, der Weltredaktion mitzuteilen, daß niemand (d.h. niemand!) in der Flora einen Pfennig Geld für die Arbeit dort erhält. Das hohe Rechercheniveau wird am folgenden Tag gehalten, als unter der Überschrift „Rote Flora - Autonome bedrohen Geschäftsleute" der seitenfüllende Artikel berichtet, Gewerbetreibende hätten „höllisch viel Angst", ja, sogar ein ganzer Stadtteil sei in Angst. Nachdem am Vortag die Flora „erneut in die Kritik" geraten sei, war nur einen Tag später in der Welt also zu lesen, „die Situation um das Stadtteilkulturzentrum (!) 'Rote Flora' spitzt sich zu". Die schuldzuweisenden Formulierungen waren dabei durch das Ausweichen ins Ungefähre abgesichert: die angeblichen Drohungen und Einschüchterungen wurden „durch die autonome Szene *um* die 'Rote Flora'" bzw. „Flora-Sympathisanten" ausgesprochen, dort wo „Flora-Aktivisten" angeblich einer Ladenbesitzerin Prügel androhen, tun sie dies bei der Welt im Konjunktiv zwei.
Die beiden Artikel - erschienen am 2. und 3.12.98 - sind mit ihrer Dramaturgie der angeblichen Zuspitzung der Situation im Stadtteil Teil einer quasi „virtuellen" Empörung, die allein mit dem Ziel der Munitionierung einer von der CDU-Bürgerschaftsfraktion angesetzten Aktuellen Stunde am 3.12. inszeniert wurde. Das ist jedoch ziemlich in die Hose gegangen. Niemand konnte so recht in dieser Aktuellen Stunde anläßlich des Vorfalls in der Schanzenstraße die Gehirnakrobatik eines Heino Vahldieck (CDU, der heißt wirklich so) nachvollziehen, der plötzlich über die fehlenden Konzessionen der Flora reden wollte und den ein sichtlich irritierter Staatsrat Prill (Innenbehörde) entgeistert fragte, was das eine mit dem anderen zu tun habe...
Wie sehr sich die Welt an den Arbeitsschwerpunkten der innenpolitischen Sprecher der CDU orientiert, zeigt sich an der Schwerpunktsetzung der Berichterstattung im Februar/März diesen Jahres. Während die gesamte Hamburger Lokalpresse das Bekennerschreiben zum Wrocklage-Anschlag der „Flora-Szene" unterschob, war die Welt die einzige Zeitung, die fast schon sachlich feststellt, daß die Rote Flora in dem Bekennerschreiben zwar erwähnt würde, die sich aber allen weiteren Spekulationen enthielt. Vielmehr teilt sie mit, daß die Flora von sogenannten Hardlinern, die sich in der B5 -dem eigentlich relevanten Zentrum der Politszene laut Welt- aufhielten, nur noch als „unpolitischer Freizeitverein" belächelt würde. Kein Wort mehr über einen Stadtteil in Angst, Drohungen und Ausschreitungen und dem angeblichen militanten Potential in der Flora. Statt dessen rückt die Welt die B5 in den Mittelpunkt, die seit der Festnahme Öcalans bei der Mobilisierung der deutschen Szene eine wichtige Vernetzungsfunktion ausübe. Aber schon gute zwei Wochen später besinnt sich die Welt ihrer Mission und titelt im Lokalteil martialisch „Rote Flora - Neue Drohungen an die Polizei": gemeint war die im November 1997 gemachte Aussage, daß die Flora keine Vertreibung von Junkies oder Dealern durch die Polizei dulden würde. Seitdem dutzendfach, u.a. sogar auf öffentlichen Pressekonferenzen, wiederholt, ist diese sensationelle Neuigkeit von vor 16 Monaten der Welt eine Schlagzeile wert. Grund: auf dem Stadtteilaktionstag wurde ein DinA5 Flugblättchen verteilt, in dem diese Position zum x-ten mal vertreten wurde; jaja, die Welt kommt spät, aber gewaltig. Der Elan der Hamburger Lokalredaktion kennt aber ohnehin keine Grenzen. Mittlerweile mußte sogar das „Startloch" in Rahlstedt sich inquisitorischen redaktionellen Recherchen stellen. CDU'lern müssen irgendwie wohl ein paar ungekämmte Punker in Rahlstedt über den Weg gelaufen sein, zack, läuft die Arbeitsteilung wie geschmiert an. Während die CDU in Wandsbek im „Startloch" die möglichen Urheber des Angriffs auf ihren Unterschriftenstand sieht (von der Polizei längst dementiert), stellt die Welt besorgt fest, daß sogar in der Zeck für Konzerte dort geworben wird. Liegt da nicht tatsächlich die Überschrift „Rahlstedter Jugendzentrum neuer Chaotentreff?" nahe? Und wo mensch schon beim Thema ist, wird gleich noch mal ausführlich über die B5 gehetzt.
Das tragische ist, daß die Verbindungen von Terrornestern wie der Flora tatsächlich weitreichender sind, als die Welt ahnt! Bekommt doch die Rote Flora regelmäßig Post vom Kulturausschuß der CDU, Einladungen von der Industrie und Handelskammer zu kulturellen Sponsoring-Events, auch die Sächsische Staatsregierung hat die Flora in ihren Reader für kulturelle Veranstaltungsorte aufgenommen. Und letztens hat die Sicherheitsfirma Raab-Karcher der Flora postalisch ihre Dienste angeboten. Also, Lokalredaktion der Welt, übernehmen Sie-...!

kba

Der Wahn der Sicherheit

„Februarpapier" der Gruppe *karoshi* zum subjektiven Faktor des Diskurses der Inneren Sicherheit (IS)

Jede kritische linke Auseinandersetzung mit dem Thema IS sieht sich mit einem schwerwiegenden Problem konfrontiert: das, was man selbst längst als miese, fiese Repressionsmaschine durchschaut hat, nämlich die Politik der IS, ist genau das, was die Leute wollen. Die Leute, für die man immer meint, Politik zu machen, wollen genau das, wo man selber gegen ist, nämlich ihre eigene Repression in und durch IS. Werden wir konkreter: die Leute im Schanzenviertel, die weiße Mehrheit wollte und will polizeiliche Represssion des ach so unerträglichen Drogenproblems; die Leute haben bekommen, was sie wollten. Der Modus, in dem sich dieser Wille ausdrückt, ist eine wild-verquaste Mischung verschiedenster ideologischer Versatzstücke und rassistischer Alltagsressentiments. Der linke Klassiker erklärt dieses Mischmasch, indem er darin nach dem eigentlichen Grund sucht. In einer Vereinheitlichungsbewegung wird das Gerede der Leute nicht als das genommen, was es ist, sondern es wird übersetzt in die wirklichen Probleme der hier lebenden Menschen.

Dagegen müssen wir unsere objektive Ratlosigkeit eingestehen, die Erklärungssicherheit der Linken muß erstmal der Fähigkeit weichen, das zu sehen, was hier in Deutschland und im Viertel der Fall ist: Alle werden wahnsinnig und haben Spaß dabei.

Dieser Wahnsinn besteht zunächst in der Geschlossenheit des IS-Diskurses. Dabei ist ein altbekanntes Repertoire von Bedrohungsszenarien zu bewundern, es wird immer auf dieselben Formeln und Horrorgestalten zurückgegriffen wie z.B.. und v.a. auf die Figur des „Schwarzen Dealers".

Der Diskurs der IS stellt sich dar als gut funktionierendes Spiel von Angebot und Nachfrage: die Nachfrage nach IS artikuliert sich als „subjektives Sicherheitsbedürfnis". Der Gegenstand dieser Nachfrage, das was begehrt wird wie sonst nur das Schnäppchen im Schlußverkauf, ist „Sicherheit". Diese Sicherheit läßt sich nicht als irgendwie positive Größe definieren außerhalb des Spiels von Angebot und Nachfrage: „Sicherheit" kann in diesem Spiel niemals vom vorhandenen Angebot, der „objektiven Sicherheitslage", befriedigt werden. Die Polizei kann entwarnende Kriminalitätsstatisken veröffentlichen soviel sie will - am subjektiven deutschen Sicherheitswahn, dem Gefühl, an jeder Ecke, permanent und immer von den gleichen „kriminellen Ausländern" bedroht zu sein, ändert das überhaupt nichts. Und vielleicht war es deshalb ja auch die Polizei, die diese Unterscheidung von „objektiver Sicherheitslage" und „subjektivem Sicherheitsempfinden" überhaupt erst in die Welt gesetzt haben. Die Konsequenz ist immer dieselbe: das Angebot muß ständig erweitert werden. Gleichzeitig erscheint jede Erweiterung der Angebotspalette, jede Gesetzesverschärfung, jede Aufrüstung der Repressionsorgane von vornherein immer schon als zu wenig. Das Spiel von Angebot und Nachfrage nach Sicherheit produziert, hier wie überall, einen ständigen Mangel an dem, was doch so innig begehrt wird. Was begehrt wird in einem „subjektiven Sicherheitsbedürfnis" ist genau die Sicherheit, die die Angebotsseite, d.h. der Staat anbieten kann und anbieten soll. Es kann in diesem System kein artikuliertes Bedürfnis geben, das nicht als Nachfrage dann doch nur zur Erweiterung des Angebots dient und so den ganzen Laden am laufen hält.

Und so schließt sich das ganze zu einem zirkulären Wahnsystem. Gegen diesen geschlossenen Wahn setzt die linke Kritik gerne die Trennung von dem, was die Leute sagen, wenn sie von Sicherheit reden, und dem, was die Leute eigentlich sagen wollen, nämlich: Vollzeitarbeit, Verkehrsberuhigung, Spielplätze.

Wir sollten aber das, was sich in der Logik von „subjektivem Sicherheitsbedürfnis" und „objektiver Sicherheitslage" von Seiten der Leute artikuliert als ihre „berechtigten Sorgen und Ängste" unbedingt ernstnehmen; ernstnehmen als genau das, als das es sich artikuliert, und nicht die Leute entmündigen, indem wir schon vorweg erklären, was es denn eigentlich ist, was da begehrt wird (Vollzeitarbeit, Verkehrsberuhigung, Spielplätze). Wenn die weiße Mehrheit im Viertel sagt, daß die „Dealer aus dem Viertel weg sollen", dann wollen sie, daß die, die sie als Dealer identifizieren, aus dem Viertel weg sollen. Diesseits der notwendigen Abstraktion von der weißen Viertelmehrheit nimmt deren Wille im Gerede die unterschiedlichsten Formen an. Alle können von ihrer jeweiligen Beroffenheit durch das Drogenproblem erzählen, von der Gewerbetreibenden bis zum alleinerziehenden Vater. Das allgemein „Reden drüber" stellt jenseits aller realen Widersprüche vor allem eins her: Gemeinschaft.

Unser Viertel redet über sein Hauptproblem. Die Rede über die fehlende Sicherheit stellt das Versprechen einer anderen Versicherung her, der Versicherung der eigenen Identität: Viertelidentität.

Dazu wollen wir an dieser Stelle nochmal klarstellen, daß wir mit der Viertelgemeinschaft keine Formierung zum völkischen Mob meinen, wie er inzwischen anderswo in Deutschland längst Realität ist.

Die Gemeinschaft im Viertel ist offensiv. Sie ist offensiv gerade darin, daß sie sich als Schutzgemeinschaft gegen einen äußeren Feind geriert. Die Konfrontation mit dem immer wieder beschworenen Feind ist das, worin sich die Gemeinschaft als Gemeinschaft genießt. Gemeinschaft ist also nicht einfach immer schon da, sondern muß immer wieder hervorgebracht werden. Gemeinschaftsbildung kann sich nur konfrontativ vollziehen gegen ein Außen. Die Konfrontation, die die Gemeinschaft hervorbringt, richtet sich dabei gegen einen als außen imaginierten und damit ausgeschlossenen Feind ***und*** gegen das offizielle Gesetz, dem die sich bildende Gemeinschaft untersteht und das sie als unzureichend wahrnimmt: Die aktuelle Schanzengemeinschaft richtet sich gegen den „Schwarzen Dealer" als Eindringling und gegen die verfehlte staatliche Drogenpolitik.

Die Hervorbringung der Gemeinschaft im Schanzenviertel hat in den letzten Jahren signifikante Verschiebungen erfahren. Der Mythos vom linken Schanzenviertel beruht auf einer Gemeinschaftsbildung, die sich in Konfrontation mit dem offiziellen Gesetz uns dem kulturellen Code der Spießer „da draußen" vollzog: Die Attraktivität des Viertels speiste sich aus dem Mythos, daß, egal ob streetfightende Autonome oder alternativtolerante MultikulturbürgerInnen, oder das ganze Medienvolk, das dissident seinen ***galao*** auf dem Schulterblatt schlürft, allen klar war, daß die Polizei auf den Straßen hier eher nix verloren hat und genau das stört, was das Viertel so lebenswert macht. Über alle Unterschiede und realen Widersprüche hinweg hat dieser Mythos nicht unmaßgeblich zum Selbstbild der jeweiligen Gruppen beigetragen, die das lockere Nebeneinander im Viertel genossen. Diese Konfrontations- und Abgrenzungslinie, die unsere gemeinsame Identität hier im Viertel ausmachte, hat sich verschoben: Praktisch niemand stört sich mehr an aberwitzig massiver Polizeipräsenz rund um die Uhr, an einer Kontroll- und Vertreibungspraxis, die sich vor einigen Jahren noch kaum jemand hätte vorstellen können. Und das liegt vor allem daran, daß klar ist wen es trifft: immer die anderen. UserInnen, als Dealer Verdächtigte, Schwarze. Grenzen werden neu gezogen, Ein- und Ausschlüsse neu organisiert. Gelinde gesagt befremdlich ist, daß das neue Feindbild sich vom Feindbild derer da draußen, die doch eigentlich die intoleranten Spießer sind, um keinen Deut unterscheidet. Und das in einem Viertel, das sich doch immer auch dadurch selbst definiert haben soll, daß hier jenseits der Autoritätsfixierung der anderen an basisnaher Selbstorganisierung gebastelt wurde.

Diejenigen BürgerInneninis und Betroffenenvereine, die aggressiv gegen die Dealer hetzten, waren ein notwendiges Durchgangsstadium zur heutigen Situation. Zwar haben fast alle dieser Vereine immer betont, daß es ihnen auch lieber wäre, wenn es ohne Polizei wieder sauber im Viertel würde, sie waren es aber dennoch, die den

Boden für das heutige Copland Schanzenviertel bereitet haben. Der alte Mythos vom linken Viertel war und ist dabei notwendig, um den rassistisch aufgeladenen Sicherheitswahn selbstorganisiert umzulügen in eine berechtigte Notwehraktion im Kollektiv. Diese Umwandlung ist nicht zuletzt für das Selbstbild der Selbstorganisierer und ihrer SympathisantInnen notwendig. Nur so kann man sich und sein Viertel noch genügend anders finden.

Mittlerweile haben die BürgerInneninis sich überflüssig gemacht. Das lockere Nebeneinander im Viertel ist heute ein lockeres Nebeneinander mit der kontrollierenden Staatsmacht. Neue Grenzen: die „Schwarzen Dealer" sind draußen, die UserInnen pathologisiert, die Polizei überall. Das hat aber, wie gesagt, der Selbstwahrnehmung nicht viel anhaben können. Sicherlich ist es in diesem Zusammenhang kein Zufall, wenn das Verhältnis zwischen der Roten Flora und dem Viertel - zumindest in den einschlägigen Medien - neu bestimmt wird. Die Flora hat, wie in diversen Flugblättern nachzulesen ist, die neuen Grenzziehungen und Abgrenzungen im Viertel nicht mit nachvollzogen. Die Flora hat den „Schwarzen Dealer" nicht zum neuen Hauptfeind erklärt, und damit wird fürs Viertel auch ihre Zugehörigkeit zur Viertelgemeinschaft problematisch. In den letzten Jahren galt die Flora eher als hippe location mit Abbruchambiente oder aber als entpolitisiertes Stadtteilzentrum; inzwischen firmiert die Flora trotz gleichbleibender bzw. mittlerweile sogar angehobenen Hygienestandards wieder zunehmend als terroristische Kloake - nachzulesen in Mopo, Welt, Oxmox.

Die grassroot-IS, die sich hier abzeichnet, sollte, wie wir meinen, jeden linken Willen zur unbedingten Politikfähigkeit zumindest in Frage stellen. Solange die Leute ihr Genießen nicht anders regulieren und sich weiter als deutsche und andere repressive Gemeinschaften (selbt)organisieren, bleibt es dabei:

Das Schanzenviertel kippen.



Alptraum ohne Ende

Was Rot-Grün bewirkt

Atommüll – der Stoff aus dem Alpträume sind: Alpträume der Menschheit, wenn sie sich bewußt macht, daß das strahlende Zeug immer weiter produziert wird, ohne irgendwo auf der Erde einen geeigneten Platz zur sicheren Lagerung für die nächsten Jahrmillionen zu kennen. Aber auch Alpträume der Atomindustriellen, die immer wieder befürchten müssen, daß der Weiterbetrieb der für sie profitablen Reaktoren an fehlender Entsorgung scheitert. Der Betrieb von Atomkraftwerken darf nur dann von den Behörden genehmigt werden, wenn die Betreiber einen „Entsorgungsvorsorgenachweis" vorlegen. Gelingt ihnen dies nicht, dann muß abgeschaltet werden. Für die Anti-AKW-Bewegung ergibt sich nun die Chance, durch politische Aufklärung und direkten Widerstand gegen „Entsorgungs"-Projekte und Atommüll-Transporte sämtliche Pseudo-Lösungen zu blockieren und damit – um es mit einem Wort des Bundesumweltministers zu benennen – „Verstopfungs-Strategie" zu betreiben. Die Atommüll-Politik der rot-grünen Bundesregierung hat in den letzten Wochen viel Bewegung in die Auseinandersetzung gebracht. Dadurch wurden Chancen vertan, aber auch neue Möglichkeiten eröffnet – wenn auch eher unfreiwillig.

Ich beschränke mich im folgenden auf die Frage der Zwischenlagerung und des Transportes von abgebrannten Brennelementen und von hochradioaktiven Abfällen aus der Wiederaufarbeitung. Denn in diesem Bereich gab es die meiste Bewegung.

Entscheidend beim politischen Ringen um die öffentliche Meinung in Sachen Atommüll war und ist, ob das, was die Atomwirtschaft Entsorgung nennt, auch als Lösung des Problems anerkannt wird. „Das bisherige Entsorgungskonzept für die radioaktiven Abfälle ist inhaltlich gescheitert und hat keine sachliche Grundlage mehr." So steht es im rot-grünen Koalitionsvertrag. Das klingt sehr stark nach dem, was die Anti-Atom-Bewegung schon immer sagt. Doch weil Schröder, Müller und Trittin es nicht dabei belassen, entsteht im weiteren Text ein anderes Bild. Da ist vom Endlager ab 2030 und von der Standortsuche die Rede, als wäre es kein Problem, bis dahin eine entsprechend sichere Lagerstätte zu finden. Da sollen neue Zwischenlager an den AKWs entstehen. Summa summarum wird mit aller Gewalt vermieden, das Atommüll-Dilemma als Hebel für den Ausstieg aus der Atomenergie einzusetzen.

Konzepte und Nachweise

In den Monaten nach der Regierungsbildung sind dann die Äußerungen von Jürgen Trittin alle nach dem gleichen Muster gestrickt: Einerseits tut er so, als wären die Reaktoren praktisch schon stillgelegt und jede Diskussion über Atommüll nur noch unter dem Aspekt zu betrachten, was nach dem Ende der Atomstromproduktion mit den strahlenden Abfällen geschehen muß. Andererseits nimmt er den Weiterbetrieb der AKWs als unabänderliches Faktum hin und spielt den obersten Müllmann: „Teile der Anti-AKW-Bewegung lehnen die Zwischenlagerung ab, sie lehnen weitere Transporte ab, und sie lehnen den Transport von Atommüll ab. Alles zusammen ist aber nicht zu haben. Da muß man sich entscheiden."

Als die Bundesregierung am 13. Januar – mit sehr kurzer Halbwertszeit – beschließt, die Wiederaufarbeitung zum Jahresende '99 zu verbieten, setzt sich der Minister vehement für Rücktransporte aus Frankreich und Großbritannien ein und stellt die Sache so dar, als ob jeder Castor-Transport zukünftig ein Schritt zum Atomausstieg sei.

Unterm Strich bleibt der Eindruck, als ob die neue Regierung, wenn auch etwas unkoordiniert aber intensiv, doch neuen Entsorgungskonzepten feilt. Der Umstand, daß es eigentlich keine sichere Entsorgung geben kann, gerät dabei immer mehr aus dem Blickfeld.

Das gleiche Bild bei der Frage der dezentralen Zwischenlager an den Kraftwerksstandorten. Nachdem bekannt wurde, daß am AKW Lingen eine Halle für 120 Castor-Behälter gebaut werden soll und damit noch 30 weitere Jahre Reaktorbetrieb abgesichert werden können, betreiben die Spitzen der Grünen Realpolitik pur:

„Mit ihrem Vorhaben, im emsländischen Lingen ein Zwischenlager einzurichten, weisen die Dortmunder VEW den anderen Energieversorgern den richtigen Weg." meint beispielsweise die grüne Vorstandssprecherin Gunda Röstel. „Die Dortmunder haben damit die Zeichen der Zeit erkannt. Unabhängig vom Ausgang der Energiekonsensverhandlungen (! Anm. d. A.) wären deshalb alle AKW-Betreiber gut beraten, dem Beispiel der VEW zu folgen."

Und Bärbel Höhn, grüne Umweltministerin von NRW, betreibt Kirchturmpolitik: „Die Betreiberfirma gibt damit ein positives Beispiel, dem andere Stromkonzerne folgen sollten. Aus NRW-Sicht ist vor allem erfreulich, daß das Zwischenlager in Ahaus nun entlastet werden kann."

Ach, selige Zeiten, als noch nicht alles schöngeredet werden mußte, sondern Klartext vorherrschte. Noch 1997 erklärte Rainer Baake, damals grüner Staatssekretär im hessischen Umweltministerium (inzwischen Staatssekretär in Bonn): Die CDU/ FDP-Bundesregierung „versucht – gedrängt durch die Stromwirtschaft – in sogenannten Konsensgesprächen noch vor der Bundestagswahl die Entsorgungsvorsorge einzuschränken. Die Zwischenlagerung soll als Entsorgungsvorsorgenachweis – entgegen der Rechtslage – einvernehmlich zwischen Bundesregierung und SPD anerkannt werden."

Baake ging noch weiter: Er wollte vom Betreiber des AKW Biblis den Nachweis, wie denn die Entsorgung gesichert sei, denn die Wiederaufarbeitung im Ausland sei keineswegs die im Atomgesetz geforderte „schadlose Verwertung". Die damalige Bundesumweltministerin Merkel untersagte das. Wir dürfen gespannt sein, wann der neue Bundesumweltminister zum erstenmal den Weisungshammer schwingt.

Entsorgungsrealitäten

Kommen wir nun zu den harten Fakten in Sachen Atommüll: Die AKW- Betreiber sind darauf angewiesen, daß in den kraftwerksinternen Lagerbecken für abgebrannte Brennelemente regelmäßig Platz geschaffen wird, da jährlich beim Brennelementewechsel ein beträchtlicher Teil der Kernladung ausgetauscht werden muß. Aufgrund des seit Sommer 1998 bestehenden Transportestopps geraten manche Kraftwerke langsam, aber sicher in die Enge.

Wäre der von der Bundesregierung anvisierte Stopp der Wiederaufarbeitung zum 1. Januar 2000 in Kraft getreten, hätte dies schwerwiegende Folgen für die Betreiber gehabt. In 16 der 19 Kraftwerke, so erklärte RWE-Chef Dietmar Kuhnt, „haben wir keine ausreichende Lagerkapazität für Brennelemente." Schon innerhalb von drei Jahren hätten 12 Reaktoren abgeschaltet werden müssen.

Doch Rot-Grün beruhigte die Betreiber und erklärte, daß durch „die neue Regelung der Entsorgung der Betrieb der Kraftwerke in keiner Weise behindert werden darf." Entsprechende Genehmigungen für „Behälter, Einlagerung, Transporte" seien laut Vereinbarung zu gewährleisten. Noch mal zum Mitdenken: Dieselbe Bundesregierung, die sich angeblich den Atomausstieg auf die Fahnen geschrieben hat (wahrscheinlich nur auf die Fahnen), beschließt, „daß der Betrieb der Kraftwerke in keiner Weise behindert werden darf."

Zur Behebung der Lagerengpässe schlug Trittin zuerst den massenhaften Bau neuer Zwischenlager-Hallen vor. Doch die Betreiber monierten „technische Probleme", weil Genehmigung und Bau dieser Hallen bis zu sechs Jahren dauern könne. „Kann sich jemand vorstellen", so PreussenElektra-Chef Hans-Dieter Harig, „daß an 20 Standorten in Deutschland Zwischenlager genehmigt und für eine vorerst unbegrenzte Lagerung auch hochradioaktiver Abfälle genehmigt werden können? Das ist genehmigungsrechtlich nicht zu bewältigen."

Und für manchen Kraftwerktyp, etwa für Stade, gibt es überhaupt noch keine genehmigten Castoren. „Es ist schlicht unmöglich, so kurzfristig Lagerbehälter zu beschaffen", meint Harig, „für Stade bedeutet der Wiederaufarbeitungsstopp deshalb den impliziten Stillegungsbescheid."

Um dies zu verhindern, bietet Trittin als nächstes an, bis zur Fertigstellung der dezentralen Zwischenlager Transporte nach Gorleben und Ahaus durchzuführen. Die Betreiber tragen dick auf und verlangen, daß die Bundesregierung dann jährlich 100 Transporte ins Münsterland und Wendland absichern müßte.

Doch Niedersachsens Innenminister Heiner Bartling (SPD): „Mehr als ein Transport ist undenkbar, wenn der Widerstand nicht endet". . Und er nimmt an, „daß sich der Widerstand in der Bevölkerung gerade auch wegen der rot-grünen Bundesregierung noch einmal wesentlich erhöhen wird".

Rot-grün hat relativ wenig Interesse, verantwortlich für neue Polizeieinsatz-Rekorde zu sein. Deshalb wird kurz vor der ersten offiziellen Konsens-Runde nochmals umgeschwenkt, der kurzfristige WAA-Stopp wird zurückgenommen. Jetzt soll jedes AKW so lange weiter nach La Hague und Sellafield transportieren dürfen, bis jeweils die neue Lagerhalle auf dem Kraftwerksgelände fertiggestellt ist. Und Jürgen Trittin wird vom Sprecher der Atomstromer – dem HEW-Chef Manfred Timm – öffentlich dafür gelobt, daß er nochmals versprochen hat, keine „Verstopfungs-Strategie" zu fahren.

Als nächsten Schritt zur Verhinderung einer „Verstopfung" erwartet die Stromzunft nun, daß Trittin den Merkelschen Transportestopp aufhebt. Schließlich werden noch in diesem Jahr bei sechs AKWs die Abklingbecken voll sein.

Im Umweltministerium wurde ein Drei-Stufen-Plan für die Wiederaufnahme der Transporte erarbeitet. Danach sollen in jedem AKW Tauchtests mit Behältern vorgenommen werden. So sollen „Vollschutzhemden" erprobt werden, die die Castoren beim Beladen vor Radioaktivität



schützen sollen Die zweite Stufe besteht aus drei bis fünf Probetransporten unter wissenschaftlicher Begutachtung. Erst danach sollen routinemäßig Transporte möglich sein.

Die Konzerne wollen keine Garantie für „kontaminationsfreie" Transporte geben. Sie argumentieren, daß selbst nach vollständiger Abdichtung und Reinigung der Behälter leichte, „gesundheitlich unbedenkliche" Überschreitungen des Grenzwertes möglich seien. In Frankreich, so rechtfertigen sie dies, werde aktuell bei rund zehn Prozent der Atommülltransporte der Grenzwert von vier Becquerel pro Quadratzentimeter überschritten.

Doch die Atomiker haben noch mehr „technische" Probleme:

1. Für einige Kraftwerke gibt es zur Zeit keine benutzbaren Behälter, weil die Typen NTL 10 und NTL 3 bei Tests versagt haben und der NTL 11 nach einer Pannenserie ausfällt. Es gibt sogar Gerüchte, nach denen französische Behälter überhaupt nicht mehr zum Einsatz kommen sollen.

2. Einige Kraftwerke haben keine WAA-Verträge mehr, z.B. Gundremmingen und Neckarwestheim. Bei anderen sind nur noch wenige Transporte nach La Hague oder Sellafield nach den Altverträgen möglich, z.B. Lingen und Krümmel. Danach müßten die Transporte von diesen Reaktoren doch nach Gorleben und Ahaus rollen.

3. Doch Transporte von den AKWs in die Zwischenlager sind so lange nicht möglich, wie das Problem der Restfeuchte in der Deckeldichtung nicht geklärt ist. Dieses Problem ist nun endlich auch der Bundesanstalt für Materialprüfung bei Beladetests in Greifswald aufgefallen. Damit ist das gesamte Behälterkonzept für die Langzeitlagerung in Frage gestellt. Umfangreiche Prüfungen und Testreihen sind anberaumt.

Es wird interessant, zu erleben, wie die Bundesregierung in diesen sicherheitsrelevanten Bereichen durchsetzt, daß durch „die neue Regelung der Entsorgung der Betrieb der Kraftwerke in keiner Weise behindert werden darf."

Manche Chancen erhalten soziale Bewegungen nur einmal. Derzeit besteht die reale Möglichkeit, die Reaktoren reihenweise vom Netz zu blockieren und gleichzeitig einen schnelleren Stopp der Wiederaufarbeitung durchzusetzen, als ihn Atomwirtschaft und Bundesregierung gerne hätten.

Wer in diesem Ansinnen einen Anflug von Größenwahn vermutet, dem sei eine einfache Rechnung nahegelegt: Entscheidend ist nicht, ob bei jedem Transport Tausende präsent sind, sondern daß die Polizei beim ersten Transport so viele Überstunden macht, daß erstmal Ruhe ist. Wir wissen von Gorleben und Ahaus, daß die Polizei kräftemäßig pro Jahr nur einen 30.000-Mann/Frau-Einsatz schafft. 30.000 PolizistInnen sind dann nötig, wenn ca. 10.000 QuerstellerInnen erwartet werden. Schafft es die Anti-AKW-Bewegung also, zum ersten Transport 10.000 Menschen zu mobilisieren, dann war dieser erste Transport – ob er durchkommt oder nicht – auch der letzte für etwa 12 Monate. Selbst wenn zwei solche Großeinsätze möglich sind, reicht das noch lange nicht aus, um die Entsorgungsengpässe zu beseitigen.

Auf gehts – Widerstand

Wenn alle Menschen, die die Nutzung der Atomenergie aus den unterschiedlichsten Gründen für unverantwortbar halten, in den nächsten Monaten selbst aktiv dafür sorgen, daß keine Castor-Transporte mehr rollen, dann wird das die AKW-Betreiber in größere Schwierigkeiten bringen, als alle rot-grünen Ausstiegs-Rhetorik zusammen.

Schön ist an dieser erfolgversprechenden Handlungsperspektive auch, daß da nicht „nationale Interessen" gepflegt werden, sondern in enger Zusammenarbeit mit Initiativen aus Frankreich und Großbritannien gemeinsamer Widerstand entsteht.

Und es gibt weitere Gründe für eine atomare Verstopfung zu sorgen. Dabei besteht die Hoffnung, daß viele Menschen das ähnlich sehen, entsprechend handeln und so der Versuch erfolgreich ist.

1. Der Transporte-Stopp schafft klare Verhältnisse: Es kann gegen den „1. Transport" mobilisiert werden. Das gab es beim bisherigen Widerstand gegen WAA-Transporte nicht. Da mußte sich die Bewegung immer einen X-beliebigen aussuchen.

2. Stopp der WAA: Die „Verstopfungs-Strategie" hat natürlich Grenzen, denn es sollen Zwischenlager an den AKWs gebaut werden. Auch ist den Betreibern zuzutrauen, daß ihnen noch was einfällt – schließlich geht es um sehr viel Geld. So hat Michael Sailer (Öko-Institut) vorgeschlagen, die Brennelemente doch einfach in Castor-Behälter zu packen und diese unter offenem Himmel auf dem Kraftwerksgelände zu lagern. Er nennt das „Transport-Bereitstellungs-Lagerung".

Sollte also wegen der beschriebenen „Hintertürchen" nicht sofort die Stillegung vieler AKWs erreicht werden, so rollt wenigstens kein oder kaum mehr Müll zur WAA. Dann schafft die Bewegung das, was die Bundesregierung nicht geschafft hat. Und außerdem erhöht jeder X-tausendfache Widerstand gegen Transporte den politischen Druck auf die gesamte Atomenergie-Nutzung.

3. Unterstützung des Widerstandes gegen dezentrale Zwischenlager: Die Arbeit an den Standorten gegen neue Castor-Hallen ist durch die neue Atommüll-Absprache zwischen Regierung und Atomindustrie in einer schwierigen Lage. Da der Ausstieg aus der Wiederaufarbeitung an die Fertigstellung der Zwischenlager gekoppelt ist, könnte jede Verzögerung bei der Errichtung der Hallen in der öffentlichen Debatte leicht als kontraproduktiv für den WAA-Ausstieg dargestellt werden. Nur wenn gleichzeitig die Transporte verhindert werden, ist also starker Druck gegen die neuen Zwischenlager möglich.

Für die Anti-Atom-Bewegung ergeben sich aus der neuen Situation konkrete und erfolgversprechende Handlungsoptionen. Dabei können die Initiativen auf große Unterstützung aus der atomkritischen Öffentlichkeit rechnen, denn viele sind völlig enttäuscht von Rot-grün.

Also: Die internen Atommüll-Lager platzen. Die Atomindustrie reagierte erst panisch, scheint durch die Erlaubnis, weiter zur WAA transportieren zu können aber beruhigt. Und die AtomkraftgegnerInnen? Ran an die WAA-Transporte! Vielfältiger Widerstand ist angesagt. Wir lassen sie nicht mehr raus: „Verstopfungs-Strategie" und Stopp der Wiederaufarbeitung. Gleichzeitig Sand ins Getriebe bei Genehmigung und Bau der neuen Zwischenlager. Wann, wenn nicht jetzt?

Jochen Stay

aus: ak 423 vom 11.März 99

Schwarzer Hahn Lensian



Wendländisches Tagungs- und Gästehaus

- 14 Betten in Ein- bis Drei-Bett-Zimmern
- Selbstversorgung, Teil- oder Vollverpflegung
- Übernachtung 15,--/ 18,-- DM pro Person
- Seminarraum, Küche, Aufenthaltsräume, Duschen, großer Innenhof
-

Kulturverein 'Schwarzer Hahn' e.V.
Am Rundling 1
29462 Lensian
Telefon: 05843/241
Fax: 05843/1413
e-mail: schwarzer-hahn@t-online.de



ADELANTE

■ Stadt- Nah- u. Fernumzüge ■ Büroumzüge ■ Beiladungen ■ Packservice ■ Behördenabrechnungen ■ Kartonverkauf

BERNSTORFFSTR. 117
22767 HAMBURG
TELEFON & FAX
040/43 25 16 17

Frühstücken SONNTAGS VON 11-18 UHR

UNTER EINEM ANDEREN STERN

Rundstücken NACH LANGER NACHT

Spätstücken



im FRITZ BAUCH





Bartelsstraße 12
20357 Hamburg
Tel.: 040 / 432 90 409
Fax: 040 / 439 34 13
http://www.schanzenstern.de

RESTAURANT / CAFE

überwiegend mit Produkten aus ökologischem Anbau

Fleisch und Wurst ausschließlich vom Bioland-Hof

Hausgemachte Vollwertkuchen

täglich wechselnd Mittagstisch - Abendkarte
Sonntags Frühstücksbüffet kalt / warm

Mo 18.00 -1.00 Uhr
Di-Sa 10.30 -1.00 Uhr
So 11.00 -1.00 Uhr

UNTER HAMBURGS STERNEN SCHLAFEN, OHNE ASTRONOMISCHE SUMMEN ZU BEZAHLEN

ab DM 33,- pro Nacht
Prospekt anfordern



Imbiß International
Schulterblatt 69
20357 Hamburg
(früher: Weiße Ecke)



Viel PC für WENIG Geld!

Bücher, Broschüren und Archiv zu folgenden Themen:
- Feminismus • Antifaschismus
- Internationalismus • Europa
- Umstrukturierung • Rassismus und Anti-Rassismus • Patriarchat
- Knast und Repression • Anarchismus
- Kommunismus • Anti-AKW
- aktuelle Infos

Buch- und Infoladen Schwarzmarkt
Kl. Schäferkamp 46 20357 HH
fon 040 4460955 fax 040 4108122

Mo., Mi., Fr., von 14.00 - 19.30 Uhr
Sa., 12.00 - 15.00 Uhr Jugendtag

Ihr könnt euch außerdem selber Material für Büchertische zusammenstellen



Literatur & Politik
Schulterblatt 55
Tel. 040/430 08 08
Fax. 040/430 16 37

Kinderbuch & Pädagogik
Schanzenstraße 6
Tel. 040/430 08 88

Montag - Freitag
9.30 - 18.30

Samstag
10.00 - 14.00

c/o DIE DRUCKEREI
20357 Hamburg

FLORA PROGRAMM APRIL 99

Donnerstag 1.4.	**Vollmond Orchester**	21 Uhr
Freitag 2.4.	**Dancehall und R`n`B** mit Everlast Sound,Queen Doreen,Stepke und Roots Commandment Eintritt 6 Mark Nach mehreren Monaten Renovierung startet die Epicenta Crew heute ihren monatlichen Club! Jeden 1.Freitag im Monat sollen hier Roots, Dancehall, Dub und befreundete Styles die Massive auf den Dancefloor bringen. Nicht nur der Hamburger Szene soll hier die Möglichkeit einer regelmäßigen Clubnacht geboten werden, sondern auch noch relativ unbekannten Crews aus anderen Städten!	23 Uhr
Sonntag 4.4.	**Epicenta promoticals:** ANTIFA Soli Party Iration Steppas das bekannteste & erfolgreichste Dub-Soundsystem aus UK	23 Uhr
Montag 5.April	**»Bambule«** die Flora-Montags-Vokü zeigt den Kult-Spielfilm von Ulrike Meinhof Uhr	20.30
Dienstag 6.April	**Dubcafe** mit Weed Acoustix	ca.18 Uhr
Samstag 10.April	**Solikonzert für Exlex & Ermittlungsausschuß HH** mit CLASH CITY ROCKERS u.a. Band	21 Uhr
Dienstag 13.April	**Dubcafe** mit Schlump Vibration	ca.18Uhr
Mittwoch 14.April	**Solikonzert fürs Störtebeker** mit: Stateless in the Universe (Politcore aus Griechenland) Ex-Cathedra (Ska-Punk aus Glasgow) & Subhumans (80ger Anarcho-Punk)	22 Uhr
Freitag 16.April	**»I could eat a beer«** (Loud Music and Dance Performance) Uhr	20:30
Samstag 17.April	**SINUS-Drum'nBass**/Gerald,Kriz (HWS) & Roman (Sous Terrain) Live-Kiss Kiss Bang Bang Techno/Fini D (Top Ten),Hardy (Otaku),Stefan (New) Live-Rotor	22 Uhr
Montag 19.April	**»Lauscher an der Wand«** Flora-Montags-Vokü zeigt diesen Dokumentarfilm über neue Abhör- und Überwachungsmethoden von Polizei und Staatsschutz	21 Uhr
Dienstag 20.April	**Dubcafe** mit Roots Commandment+Block Barley	ca.18Uhr
Samstag 24.April	**Soliparty** für die Projektwerkstatt	22Uhr
Freitag 23.April	**»I could eat a beer«** (Loud Music and Dance Performance)	20:30Uhr
Dienstag 27.April	Dubcafe mit King Step Hifi	ca.18Uhr

REGELMÄSSIGE TERMINE:

Montag	Vegetarisches Essen gegen 20 Uhr, Vokü geöffnet 18-22 Uhr
Dienstag	DUBCAFE mit verschiedenen Sounds ca.18-23 Uhr
Mittwoch	Cafe und Kuchen ca. 16.30-19 Uhr
Donnerstag	Kochkollektiv ca.18-22 Uhr
1. Samstag im Monat	Frühstück ab 12 Uhr